

Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Januar/Februar 2014

64. Jahrgang, Nr. 735/6

Das Land verändern. Demokratie friedlich erkämpfen

*VOS erklärt sich solidarisch
mit ukrainischer Freiheitsfront*

⊕ Die seit Monaten in der Ukraine stattfindenden Massenproteste stehen in Deutschland weiterhin im Mittelpunkt des Interesses. Dies gilt auch und insbesondere für unseren Opferverband VOS sowie für alle Menschen, die sich in den Zeiten der Diktatur bis hin zum Mauerfall für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben.

In der DDR war es zuvorderst der Besonnenheit der vielen friedlichen, aber entschlossenen Demonstranten und der sachlichen Berichterstattung der westlichen Medien zu danken, dass es zu keinen Gewaltaktionen kam und im Gegensatz zum Volksaufstand vom Juni 1953 keine Panzer rollten und keine Menschen erschossen wurden. Zu viele Tote und hohe Haftstrafen hatte es allerdings in den Jahrzehnten davor gegeben. Zu grausam hatte das kommunistische Regime seine Machtpositionen durchgesetzt.

Die VOS sieht die Demokratiebewegung in der Ukraine auf einem guten Weg und erklärt sich mit dem Ziel, eine freiheitliche Gesellschaftsordnung zu schaffen, solidarisch. Die Einhaltung der friedlichen Proteste bei gleichzeitigem Beharren auf den politischen Zielen wird binnen kurzer Frist zum endgültigen Einlenken der Machthaber und zu Neuwahlen führen.

Der Bundesvorstand

In 2014 wird die Arbeit der VOS fortgesetzt!

*Es ist weit mehr als nur Licht
am Ende des Tunnels*

Planmäßig läutet der VOS Bundesvorstand die Vorbereitungen zur Generalversammlung unseres Verbandes für den kommenden April ein. Dazu gehört die Aufforderung an die Landes- und Bezirksgruppen zur Wahl der Delegierten und Stimmberechtigten, die wiederum nachher den neuen Bundesvorstand wählen werden.

Wie immer können vorher Anträge gestellt, Vorschläge gemacht und Fragen an den nunmehr zu entlassenden Bundesvorstand gerichtet werden.

Wir bitten um Empfehlungen für die personelle Besetzung des Bundesvorstandes, der Bundesrechnungsprüfer und der Mitglieder des Schiedsgerichtes.

Die Generalversammlung, die vom 12. bis 13. April 2014 in Friedrichroda stattfindet, wird auch Antworten über alle noch bestehenden Fragen der VOS geben.

Unabhängig von den anstehenden Auskünften und dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes lässt sich vorab aber bereits feststellen, dass sich für die finanzielle Situation ab sofort eine Entspannung abzeichnet und auch die Freiheitsglocke im früheren Rhythmus erscheinen kann. Näheres bereits im Innenteil dieser Ausgabe. *H. D.*

2014 voller runder Jahrestage an historischen Ereignissen

*Botschaftsbesetzungen, Demos
und Mauerfall vor 25 Jahren*

⊗ Mit 2014 erinnern wir uns mit einem „runden“ Gedenken an das entscheidende Jahr der deutschen Nachkriegsgeschichte. Vor 25 Jahren, im Januar 1989 setzten bereits die aufsehenerregenden Proteste der Opposition ein, die mit Gewalt von der Polizei und den unerbittlichen „Kuttenträgern“ niedergeprügelt wurden. Es folgten Kundgebungen und Aktionen in den Kirchen, wo teils auch Filmmitschnitte entstanden. Im Juni gingen die Bilder der Niederschlagung der chinesischen Studentenproteste um die Welt. Ungeachtet dieser Schrecken beehrten die Massen in der DDR weiter auf. Botschaftsbesetzungen, gewaltige Flucht- und Ausreisewellen und zum 40. Jahrestag ein Zug von Tausenden, die Gorbatschow huldigten, folgten. Und immer weitere Demonstrationen, so dass das SED-Regime kapitulieren musste und in seiner Schwäche im November die Mauer öffnete.

Wir sind angehalten, unseren Beitrag zur Würdigung und Dokumentierung des Zusammenbruchs des Honecker-Mielke-Regimes zu leisten und dabei auf unsere mitentscheidende Rolle hinzuweisen. Öffentlichkeit, gemeinsame Aktionen sind gefragt. Mit und durch uns. Unser Motto könnte lauten: OHNE HAFT KEINE FREIHEIT, OHNE WIDERSTAND KEINE EINHEIT.

B. Thonn

Die Freiheitsglocke erscheint weiter!

Seit der letzten Ausgabe gab es freilich eine Menge Aufregung. Zum einen wurde mir vorgeworfen, ich hätte in Nummer 732 geschrieben, die Finanzen der VOS seien stabil. In der nächsten Ausgabe (733/4) hingegen war dann abrupt von der drohenden Insolvenz und von Auflösung die Rede. Wie kann ein Redakteur solche Positionswechsel vornehmen?

Ich kann wohl verstehen, dass konträre Auskünfte bei den Lesern zu Unruhe führen und sich dementsprechend Unmut regt. Dies ist jedoch kein Grund, sich unangemessen zu äußern. Die Freiheitsglocke ist ein Medium, das über Zustände und Vorgänge berichtet, es verursacht sie nicht.

Dass sich die finanzielle Situation inzwischen stabilisiert hat, ist erfreulich. Erfreulich ist dabei besonders, dass sich die Berichte und der Spendenaufruf aus der letzten Fg umgehend ausgewirkt haben – und das beweist Folgendes: Die VOS liegt eigentlich allen am Herzen, mag die Betrachtungsweise auch unterschiedlich sein, und es besteht zudem eine große Hilfsbereitschaft unter den Kameradinnen und Kameraden.

Ich möchte nun all jene Mitglieder ebenfalls zu einer Spende ermuntern, die bisher meinten, es lohne sich nicht mehr etwas zu überweisen, die unabwendbare Insolvenz würde das Geld sowieso schlucken.

Dem ist nicht so. Nach wie vor gilt: Die VOS braucht jeden Cent. Wir haben in der Tat zusätzliche Belastungen, da wir an die Rentenkassen monatliche Nachzahlungen leisten müssen. Aber die Gläubiger würden sich keinen Gefallen tun, wenn sie durch eine erzwungene Insolvenz für das Ende der VOS sorgen, weil dann gar kein Geld mehr zu ihnen flösse.

Zudem steht die Entscheidung des Sozialgerichts in dieser Sache überhaupt noch aus. Hier regt sich nichts. Das könnte heißen, dass unser Fall keineswegs so bedeutsam ist wie einige von uns meinen. Auch die Richter und Schöffen

werden begreifen, dass es wenig mit Gerechtigkeit zu tun hätte, würden sie die VOS, die seit Jahrzehnten keine unbedeutende und unbekannt Institution in ganz Deutschland ist, per Gerichtsbeschluss auslöschen.

Die Verhandlungen mit den Rentenkassen führt nach wie vor unser Bundesvorsitzender Hugo Diedrich. Es geht darum, die Belastungen möglichst gering zu halten.

Auch Sparmaßnahmen sind eingeleitet, die Bundesgeschäftsstelle wird trotz einiger Einschränkungen weiter betrieben. Im April wird

Auf ein Wort des Redakteurs

turnusgemäß die nächste Generalversammlung durchgeführt. Es gibt Wahlen und den Rechenschaftsbericht, so wie immer.

Wer Vorschläge für Kandidatinnen und Kandidaten zum Bundesvorstand hat, der kann diese dort auf dem üblichen vereinsdemokratischen Weg vorbringen bzw. den Delegierten seiner Gruppe mit einem Vorschlag beauftragen. Die Freiheitsglocke ist nicht der geeignete Platz, für einzelne Kandidaten Werbung zu machen.

Zu bedenken ist indessen für jede und jeden, die oder der sich das Amt zutraut, dass damit viel Arbeit verbunden ist. Da wir uns schon lange keinen Geschäftsführer mehr leisten können, wird die organisatorische Arbeit von Hugo Diedrich erledigt. – Dies ist bereits in der Freiheitsglocke hinreichend erklärt worden.

Was nun die Freiheitsglocke und meine Tätigkeit als Redakteur angeht, möchte ich ein Missverständnis ausräumen: Ich klebe nicht an diesem Job. Dass ich in der letzten Ausgabe eine Bilanz gezogen und an das Ende dieser Ära gedacht habe, war weder eine Drohgeste noch ein Scherz. Meine Aufgaben und Betätigungsmöglichkeiten sind weit genug gefächert. Und meine Gesundheit ist nicht so endlos strapazierbar, als dass ich mich unlauteren Bezeichnungen aussetzen müsste. Auch

ich habe nach fünf Jahren intensiver Stasi-Verfolgung mit illegalen Hausdurchsuchungen, einer verzwanzten Einzimmerwohnung, permanenter Verfolgung und Zersetzung sowie einem Urteil von sechs Jahren Z. meine posttraumatischen Belastungen. Die Arbeit an der Freiheitsglocke wirkt da nicht allzu helfend, denn immer wieder werde ich auf den Lebensabschnitt Haft und Verfolgung gestoßen.

Im Übrigen kommen im neuen Jahr 2014 genug Aufgaben auf uns alle zu. Der 25. Jahrestag des Mauerfalls ist eine Herausforderung, der wir uns durch Aktionen und Veranstaltungen stellen müssen, ansonsten wird sich fortsetzen, was lange schon eingesetzt hat: Journalisten, Politiker und Historiker werden das Thema endgültig

vereinnehmen, und wir als Opfer und wesentliche Widerstandsakteure bleiben am Rande stehen und dürfen uns erklären lassen, wie das „damals wirklich“ war.

Hinzu kommt die Rolle, die die Linke zunehmend spielt. Sie breitet sich in allen politischen Ebenen aus und zieht die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse in den Dreck, um dafür ihren jämmerlichen Sozialismus von einst zu verklären und als beispielgebend für eine neue Gesellschaftsordnung hervorzukehren.

Durch gezielte Aktionen versuchen die Linken sogar, uns unsere Identität zu nehmen, indem sie die von Stalin ermordeten eigenen Gesinnungsgenossen als die wahren Opfer des Stalinismus bezeichnen und ihrer als Helden zu gedenken. Zugleich werden das Monster Stalin und der Kommunismus rehabilitiert, indem man die Mordkommandos an den eigenen Leuten als individuelle Verfehlungen herunterspielt und den Sozialismus weiter glorifiziert. Diesen demagogischen Trend gib es nicht seit heute.

Warum nehmen wir als VOS die Herausforderungen nicht gemeinsam an? Einzelaktionen haben gezeigt, dass bei uns zumindest ein Flämmchen an Kampfbereitschaft vorhanden ist. Es muss mehr daraus werden.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe - Themen, Hinweise, Daten

Titelseite

Die VOS richtet den Blick auf das Jahr 2014

Die Finanzen, die Generalversammlung

Freiheit ist das große Ziel

VOS solidarisch mit Demonstranten in Ukraine

Redaktionsthema:

Missverständnisse oder Beleidigungen?

Über die Motivation des Redakteurs 2

Wir können uns die Fg weiter leisten

Der Bundesvorsitzende zur Lage der VOS 4 - 5

Ein Überweisungsformular findet jeder

Wie man der VOS praktisch helfen kann 5

Spreche dem Vorstand mein Vertrauen aus

Eine (nicht nur) künstlerische Fürsprache 6

Sie reden über höhere Renten. Auch für uns?

IEDF kritisiert Koalition 7

Hanseatisch kühl, aber sehr kompetent

Zum Tode des Journalisten Dirk Sager 7

Er war ein großartiger Kamerad und Kämpfer

Zum Tode von Wolfgang Stiehl 8

Bitte keine Vorverurteilungen und Gerüchte

Weitere Meinungen von Mitgliedern 9

Häftlinge nicht nur im bildlichen Sinne

zur Ader gelassen

Studie über DDR-Zwangsarbeit offenbart

erschreckende Ergebnisse 10 - 11

VOS-Bilanz 2012 ist SAUBER

Finanzamt sendet frohe Kunde 11

Die Spur des Geldes reicht weit über unsere Ländergrenzen

Holländisches Fernsehen über Zwangsarbeit 12

Wir staunen: Nach Kurzhaft traumatisiert

Karl Dall und die Realität 13

In die Köpfe der Mitläufer geschaut

Was wir aber eh längst wussten 13

H Ä F T L I N G S S C H I C K S A L :

Eine trügerisch friedliche Behandlung

Verhöre, Lügen und Kascha: Heinz Unruh. 14 - 15

Es dauerte acht Jahre

Das Bemühen um eine zweite Gedenktafel für die Kommunismus-Opfer in Plauen 15

Das Wechselspiel von Anpassung, Widerstand und Dafürsein

Kongressteilnehmer diskutieren über das Wesen von Diktaturen 16 - 17

Auf die Folgen der Haft wurde auch im geeinten Deutschland nicht eingegangen

Ein langer, aber höchst wichtiger Brief an Kanzlerin Angela Merkel 18 - 20

Klage abgewiesen, Verhalten eiskalt

Eine 64-Jährige ehemalige politisch Verfolgte zog vergebens vor Gericht 20

Nach Jugendwerkhof und Haftstrafen zum IM geworden

Trotzdem eine Opferrente genehmigen? 20

Versöhnung und Frieden anvisiert

Russischer Autor spricht im Bundestag 21

Das Töten verklären und rechtfertigen

Zum Tode Kalaschnikows 21

Im Schmelztiegel der Partei-Promis

Landtagsgebäude Potsdam eint Neu- und Altlinke 22

Ein Projekt von amerikanischer Dimension

Coldwar museum in Midwest wächst weiter 23

Große Zahl von Spendern für die VOS (weiter auf Seite 6)

Irene Körner, Lothar Ech, Lutz Utecht, Lotte Neumann, Kurt Eifler, Wolfgang von Kirchner, Bernd Schnabelrauch, Sabine Trompler, Gerhard Beins, Ingeborg Gericke, Gerhard Taute, Hubert Werner, Horst Lindemuth, Irene Körner, Heinz Richter, Dr. Stefan Lindner, Manfred Hessler, Jutta und Hartmut Notrott, Ulrich Seidel, Heinz Rüdiger, Gotthilf Sternberg, Gisela Beck, Malgorzata und Manfred Springer, Wolf-Peter Schmidt, Roland Steinbach, Klaus-Dieter Jakob, Werner Friedrich, Karin und Hartmut Trapp, Helga und Walter Lahn, Helmut Kropp, Gisela und Waldemar John, Gerhard Bartels, Doris und Dr. Manfred Krause, Heinz-Günther Lorenz, Birgit und Detlef Watzlaweck, Heinz Unruh, Gisela und Hubert Gärtig, Sabine und Gotthard Rammer, Uwe Rutkowski, Ruth Pöhlend, Heinz Thiele, Ursula und Heinrich Werner, Erna und Bernhard Harz, Michael Teupel, Manfred Krafft, Michael Faber, Ingeborg und Joachim Gartzke, Helmut Günther, Erik Hofmann, Rudolf Schrader, Kurt Schleppe, Irene Petzel, Karl-Heinz von Pohlheim, Dr. Hans-Günther Rein, Helmut Meyer, Helga und Hans-Joachim Keferstein, Gerd Ahnert, Werner Mieth, Klaus Junghans, Jürgen Wendler, Otto Liepe, Eberhard Lindner, Horst Menzel, Bernd Westphal, Dr. Martin Hoffmann, Dieter Kuban, Gisela Quasdorf, Peter Ruck, Helmut Felbrich, Friedrich Radochla, Karl-Heinz Werner, Manfred Schulz, Siegfried Kleint, Reinhard Golde, Horst Kreeter, Dorothea Harder, Martin Minkewitz, Ruth Zabel, Werner Sauerzweig, Gisela Lisk, Sabine Steckroth, Friedhelm Stage, Hans-Georg Müller, Helmut Gorgas, Gerhard Beins, Rosemarie und Erich Marzahn,

Gerhard Steindorf, Hartmut Bönicke, Manfred Hellwig, Gerhard Bartels, Egon Seel, Rocco Schettler, Bernhard Buhr, Gerhard Heiland, Werner Arnold, Helmut Klötzner, Eberhard Schröder, Martin Pescheck, Karl-Heinz Ossenkop, Werner Jung, Horst Holtz, Günter Jacobi, Karl-Heinz Ruhnu, Herbert Hüttig, Peter Schulz, Lydia Kuhnke, Renate und Rolf Persich, Rainer Buchwald, Werner Wäsche, Gerda und Kurt Selch, Dieter Müller, Hans Mirr, Klaus Feibig, Waltraud Ewert, Ewald Kurbiuhn, Reinhard Schwarz, Monika und Stefan Obst, Hildegard Hielscher, Joachim Hänel, Andreas Truckenbrodt, Hans-Jürgen Mewes, Klaus Bartholomay, Helmut Meng, Erna und Joachim Fiedler, Benno Prieß, Johannes Wagner, Barbara und Harald Beständig, Hans Stein, Alfred Kubiacyk, Friedel Lindner, Kurt Pitlinski, Anneliese Tschiersch, Waltraud und Johannes Rink, Wilfried Seifert, Liesel Albina Mayer, Karl Pohl, Helmut Schlönvoigt, Hans-Jürgen Jennerjahn, Rudolf Keick, Wilmar Leistner, Friedrich August Gregor, Ingrid Schmidt, Sigrid und Eckhard Schulz, Paul Radicke, Dietrich Koppe → Seite 6

Allen Kameradinnen und Kameraden einen herzlichen Dank

Die VOS ist wieder auf die Beine gekommen! Keine Insolvenz.

Der Bundesvorsitzende der VOS äußert sich zur derzeitigen Lage unseres Verbandes

Nachdem Hugo Diederich, Bundesvorsitzender der VOS, in der letzten Fg-Ausgabe bereits einen Situationsbericht zur Lage in unserem Verband abgegeben hat, sind von einigen Mitgliedern Nachfragen gekommen, die es – auch mit Blick auf die im April stattfindende Generalversammlung – auszuräumen gilt. Lesen Sie nachstehend, welche Entwicklungen es inzwischen gegeben hat.

Die Bundesgeschäftsstelle erhielt Anfang Oktober einen Bescheid der Deutschen Rentenversicherung, ausgestellt am 02. Oktober 2013. Vorausgegangen war eine Prüfung. Es geht um Forderungen von Sozialbeiträgen bei drei Mitarbeitern der VOS e.V.

Dazu hatten wir in der letzten „Freiheitsglocke“ berichtet. Die Deutsche Rentenversicherung unterstellte uns eine „bedingte Vorsätzlichkeit“, wogegen wir beim Sozialgericht Klage eingereicht haben.

Leider ist der von uns eingereichte Widerspruch von eben dem Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung, Abt. Prüfdienst bearbeitet worden, der den ersten Bescheid/Anhörung ausgestellt hat. Nunmehr prüft diesen Widerspruch die übergeordnete Stelle. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Der Rentenbescheid wurde zum Einzug der Beträge an zwei Krankenkassen und die Minijobzentrale weitergeleitet, die daraufhin die Beträge einforderten. Unabhängig vom Ausgang eines Verfahrens bei Gericht oder bei der Deutschen Rentenversicherung, sind die Beträge sofort fällig.

Der Bundesvorstand hat sofort mit den Krankenkassen Kontakt aufgenommen und unsere Lage erklärt. Die Forderung der Minijobzentrale wurde sofort abgelöst. Noch im November 2013 einigten wir uns mit der ersten Krankenkasse vertraglich auf eine monatliche Ratenzahlung von 500,00 €.

Bei der zweiten Krankenkasse haben wir uns Mitte Dezember auf eine Ratenzahlung von monatlich 900,00 € geeinigt, konnten aber die Vereinbarung nicht annehmen, da wir ein volles Schuldanerkenntnis

unterschreiben sollten, wodurch uns der weitere Weg vor einem ordentlichen Gericht versperrt wäre. Nach einem Hinweis des Sozialgerichtes wurde dieser Vertrag inzwischen geändert, der uns am 05.02.2014 zuzuging.

Damit kommt es, bei regelmäßiger Zahlung der Raten, nicht zu einer Insolvenz.

Im Übrigen gibt es keinerlei Auflagen oder Sperren, bezüglich unserer Zahlungsmöglichkeiten, sprich wir können wie immer nach der Satzung und Geschäftsordnung vorgehen.

Durch Einsparungen haben wir uns ein kleines Polster erwirtschaftet, **sodass die VOS ohne Zweifel weiterbestehen wird.**

Anmerkungen:

Vorausgegangen war eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Berlin im November 2011, von einer Brigitte Schneider aus Leipzig, gegen meine Person, wegen des Vorenthaltes von Sozialbeiträgen. Ich erfuhr erst durch das Internet im Laufe des Jahres 2012 davon. Inzwischen wurden einige Mitglieder vernommen, die mir berichteten. Ich bekam immer noch keine offizielle Nachricht.

Frau Schneider konnte die Interna, wie auch die Daten unserer Mitglieder nicht kennen. Also schlussfolgerte ich daraus, es kann nur ein Herr Lässig dahinterstehen. Inzwischen hatte ich, nachdem ich die Staatsanwaltschaft schriftlich aufgefordert hatte, im Dezember 2013 eine Vorladung beim Hauptzollamt, die für die Staatsanwaltschaft arbeitet. Bei diesem Gespräch, ich nahm einen Rechtsanwalt mit, konnten bereits einige Fakten geklärt werden. So stellten wir u. a. fest, dass unter einem Arbeitsvertrag zwischen der VOS und mir aus dem Jahr 2010, den es nie gegeben hat, die Unterschriften rein kopiert, also gefälscht wurden. Wegen dieser und anderer Belange wird bereits gegen Herrn Lässig ermittelt.

Die Strafanzeige läuft noch immer

Es mag sein, dass staatsanwaltliche Ermittlungen gegen den Vorstand der VOS weiter andauern, worauf unser Verein keinen Einfluss hat.

Ich meine jedoch, dass wir die Unschuldsumutung des Art. 6 Abs. 1 Menschenrechtskonvention zu beachten haben und uns keiner Vorverurteilung unterziehen lassen müssen, indem wir von Leistungen abgeschnitten werden, die uns normalerweise zugutekommen müssten. Dies bevor eines der Vorstandsmitglieder der VOS einer kriminellen Tat überführt wurde. Der Bundesvorstand sieht für eine „kriminelle“ Handlung kein Argument.

Ein neuer Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I vom 17.01.2014 liegt vor und bestätigt, dass unser Verein gemeinnützige Zwecke fördert und gemeinnützig ist. Dieser wurde ohne Auflagen erstellt. Diese Gemeinnützigkeit wurde nach umfangreicher Prüfung und trotz der grotesken Vorwürfe gegen uns weiterhin amtlich anerkannt.

Ich bitte jedoch zu bedenken, dass die Ermittlungen nicht durch unabhängige Dritte initiiert wurden, sondern durch ein ehemaliges Vorstandsmitglied der VOS, das zwischenzeitlich zwei ähnlich gelagerte Opfervereine, wie wir ihn führen, gegründet hat und dessen Vereine Anträge auf Zuwendungen in Berlin und in Sachsen gestellt haben.

Es ist folglich durchschaubar, was dieses ehemalige Vorstandsmitglied beabsichtigt.

Zu berücksichtigen ist, dass es im konkreten Fall um die sozialrechtliche Anmeldung von Vorstandsmitgliedern des Vereines ging und gerade dasjenige Vorstandsmitglied, das seinen eigenen Arbeitsvertrag konzipiert hat und das im Arbeitsgerichtsprozess gegen die VOS unterlegen war, weil es als selbständiges Organmitglied der VOS vom Arbeitsgericht bezeichnet wurde und damit nicht dem Arbeitsrecht unterläge, die strafrechtlichen Ermittlungen in Gang brachte. →S. 5

In der VOS arbeiten keine Arbeitsrechts- oder Sozialrechtsspezialisten, so dass möglicherweise die Verträge zweier Vorstandsmitglieder, falsch formuliert wurden, da diese nicht dem Arbeitsrecht unterliegen und deshalb als freiberufliche Verträge zu Unrecht konzipiert wurden.

Der VOS war nicht bekannt, dass im Arbeitsrecht und Sozialrecht unterschiedliche Anschauungen im Hinblick auf die Eingruppierung eines Vorstandsmitgliedes der VOS in Bezug auf die Selbstständigkeit bestehen.

Soweit der uns jetzt beratende Rechtsanwalt erklärte, existieren unterschiedliche Arbeitnehmerbegriffe im Arbeitsrecht und Sozialrecht, was von uns falsch beurteilt wurde.

Ein **vorsätzliches Vergehen** durch die Vorstandsmitglieder der VOS ist vollständig unbegründet!

Sollte somit die VOS in sozialrechtlicher Hinsicht ein fahrlässiger Fehler unterlaufen sein, wird die VOS - wie jedes Unternehmen - für diesen Fehler einstehen und die entsprechenden Sozialbeiträge nachentrichten müssen. Was mittlerweile und mit Einverständnis der Sozialversicherungsträger erfolgt.

Auf keinen Fall kann für diesen Irrtum ein strafrechtlicher Vorwurf ergehen, der von dem ausgeschiedenen Vorstandsmitglied in die Welt gesetzt und weiterhin gerüchteweise kolportiert wird.

In einem Verein mit ca. 1.500 Mitgliedern bundesweit, wird es immer wieder Meinungsverschiedenheiten geben. Eine Staatsanwältin aus Cottbus sagte mir letzten Sommer, sie habe in unser Vereinsregister geschaut und festgestellt, dass es über die 63 Jahre Vereinsbestand zwischen den Mitgliedern immer wieder Kontroversen gab.

Anfang 2013 unterbreitete ich dem Bundesvorstand meine Vorstellung, ob es denn nicht sinnvoll wäre, wenn sich die Landesverbände, die Förderungen über ihr Bundesland erhalten, sich selbständig aufstellen sollten. Als Grund nannte ich die

Abrechnungspraxis dieser Landesverbände. Alle Geldbewegungen der VOS laufen in der Bundesgeschäftsstelle zusammen und von dort wird Rechenschaft gegenüber dem Finanzamt abgelegt. Würde dies dezentral geregelt, könnten Risiken des Gesamtverbandes minimiert werden.

Es wurden inzwischen 4 Landesverbände (Brandenburg, Sachsen, Sachsen/Anhalt, Thüringen) gegründet, dessen Vorstände identisch sind mit den Unseren. Es liegen entsprechende Satzungsänderungsanträge vor, über die die Generalversammlung im April entscheidet. Das bedeutet, dass einzelne Landesverbände sich als Vereine nach Maßgabe gründen können, jedoch unter der Regie der VOS e.V.

Die Berliner Mitglieder haben seit Herbst 2013 einen eigenen Landesverband, der rechtlich dem Altverein zugeordnet ist. Die satzungsgemäße Neuwahl des Berliner Landesvorstandes erfolgt im Februar/März 2014. Bis dahin wird Hugo Diederich vom Bundesvorstand kommissarisch eingesetzt.

Dass das Vertrauen eines Teiles der Mitglieder der VOS in den Vorstand getrübt ist, liegt insbesondere darin begründet, dass Zeitschriften und öffentliche Medien auf Gerüchte reagieren und aus diesen Gerüchten abwegige und rufschädigende Schlussfolgerungen ziehen, die jeglicher realistische Grundlage entbehren.

In den nunmehr 12 Jahren meiner Aktivitäten bei der VOS reduzierte sich die Mitgliederanzahl, u. a. durch das Versterben von Kameradinnen und Kameraden. Gleichzeitig stiegen die Kosten für die „Freiheitsglocke“ usw.

Trotzdem waren wir bestrebt die Leistungen und Beratungen für Opfer und Hilfesuchende einer vergangenen Diktatur, weiterhin niveauvoll zu erbringen und jederzeit Ansprechpartner für die kleinen und großen Probleme unserer Vereinsmitglieder zu sein!

Mit kameradschaftlichen Gruß
Hugo Diederich
Bundesvorsitzender

Wir sollten handeln, statt zu diskutieren

Großzügige Spende für VOS wurde nach Appell in der letzten Fg prompt überwiesen

✉ *Liebe Kameradinnen und Kameraden,*

verbunden mit den besten Wünschen für 2014 sende ich Dank und Anerkennung für die bisherige Arbeit des Bundesvorstandes für die VOS.

Zur Thematik „Sorgen, Unruhe, Aufregung“ in Fg 733/4 vom November/Dezember 2013 habe ich Folgendes zu sagen: Für diese drei Aspekte habe ich kein Verständnis, und ich glaube auch nicht an Wunder, sondern nur an nackte Tatsachen.

Wenn für die jetzige kritische Finanzsituation der VOS kein Verschulden des Bundesvorstandes vorliegt, was ja offensichtlich zutrifft, dann bedarf es auch keiner unnötigen Diskussion darüber, sondern es sollte gehandelt werden.

Das Problem lässt sich mit einer einfachen Geldüberweisung beheben. Ein Überweisungsformular wird sich für jeden sicher finden lassen, und die Kameradinnen und Kameraden, denen die VOS die vorgeschlagene Spende von 30 Euro wert ist, sicher auch.

Ich selbst bin dem Spendenaufruf aus der letzten Fg sofort gefolgt und habe das Zehnfache des angegebenen Betrags (sowie auch meinen Jahresbeitrag) überwiesen.

Manfred Schulz

Landesgruppe Niedersachsen

Zum Spenden für unseren Verband ist IMMER die rechte Zeit

VOS sagt danke

Fg/BV Bundesvorstand und Redakteur danken im Namen auch jener VOS-Mitglieder, die sich aus finanziellen Gründen eine solche Spende nicht leisten können, für die wahrhaft große Geste unseres Kameraden Manfred Schulz.

Auch wenn einige Kameradinnen und Kameraden der Meinung sind, man solle mit einer Spende erst abwarten, wie „es sich mit der VOS entwickelt“, gilt gerade jetzt der Grundsatz: Es gibt keine falsche Zeit, um für die VOS zu spenden.

Mögen wir gestärkt aus den gegenwärtigen Wirren hervorgehen

Kamerad Gino Kuhn sendet ein offenes Rundschreiben an den Bundesvorstand der VOS und an AL-LE Mitglieder, in dem er sich zu den Vorwürfen einzelner Mitglieder äußert

Lieber Hugo Diederich, liebe einstige Haftkameraden und Mitglieder der VOS,

wenige Wochen vor der Generalversammlung der VOS im Jahr 2014, in der auch wieder ein Bundesvorstand gewählt wird, ist es mir ein starkes Bedürfnis, mich zu den diskreditierenden Vorwürfen gegenüber unserem Kamerad und überwiegend ehrenamtlich tätigem Bundesvorsitzenden Hugo Diederich zu äußern. Als jahrelanges VOS-Mitglied habe ich Hugo Diederich als tragende Säule unseres Vereines schätzen gelernt. Sein Engagement ist beispielhaft für alle Mitglieder. Es gibt keinen Grund, an seiner Loyalität und Glaubwürdigkeit zu zweifeln. Hugo Diederich und unserem geschätzten Redakteur der Freiheitsglocke Alexander Richter spreche ich mein persönliches Vertrauen aus. Ich werde meinen tatkräftigen Beitrag leisten, dass die seit Jahrzehnten bestehende Vereinigung der Verfolgten und Widerständler des kommunistischen Systems nicht zerbricht.

Gemeinsam mit der UOKG und den uns positiv gesonnenen Politikern und Historikern werden wir auch die aktuellen Schwierigkeiten, die wahrlich nicht die ersten in der langen Geschichte der VOS sind, und die vor uns errichtete Mauer überwinden. Wir werden unseren Kampf zur Aufarbeitung und Aufklärung des kommunistischen Unrechts sowie der SED-Diktatur weiterführen, für Freiheit und Demokratie; gerade jetzt wo sich die Linkspartei, die sich nach wie vor als möglicher Partner einer Bundesregierung mit SPD und Grünen unverdrossen aufdringlich empfiehlt.

Das jahrelange Engagement der Opfer darf KEINESFALLS umsonst gewesen sein. Meine Aufforderung an alle VOS-Mitglieder ist so schlicht wie nachhaltig: Haltet zusammen und lasst das Erreichte nicht durch persönliche Querelen kaputtmachen. Das gemeinsame Handeln kann allein zu unseren Zielen führen! Das Gen und Licht der Freiheit ist schon zu oft verdunkelt worden. Beschützen wir es und geben wir es unseren Kindern unbeschadet weiter. Ich wünsche der VOS und den



Mitgliedern Einigkeit und Klarsicht. Mögen wir gestärkt aus den gegenwärtigen Wirren hervorgehen.

*Mit besten kameradschaftlichen Grüßen
Gino Kuhn, VOS-Mitglied und Zeitzeuge*

Zur Person:

Gino Kuhn ist für die Leserinnen und Leser der Fg kein Unbekannter. Er war mehrere Jahre in der Haftanstalt Cottbus inhaftiert, nachdem er als Bundesbürger die DDR bereist und sich „verdächtig“ gemacht hatte. Seit langer Zeit betätigt er sich als Künstler und hat seinen Schwerpunkt in der freien expressionistischen Malerei gefunden, wo er mit Nachdruck Haftmotive abstrahiert, die das seelische Quallerlebnis der Gefangenen drastisch herausfordernd zum Ausdruck bringen.

Mit seinen Werken hat Gino Kuhn durch Ausstellungen an renommierten Stätten bereits ein breites Publikum erreicht. Vor allem in den Landtagsgebäuden mehrerer Bundesländer fand er großes Interesse bei Politikern, Medien, Historikern und Kunstverständigen. Die Motive, die er auf seinen Bildern darstellt, geben sowohl der Erinnerung an die Haftzeit wie auch der Malerei ein neues Gesicht, da sie auf eine überhöhte Darstellungsweise authentisch wirken. *B. Thom/H.D.*

(Die Abbildung zeigt ein Motiv aus der Cottbuser Haftanstalt. Original © Gino Kuhn/Fg)

Weitere Spender für die VOS:

Heinz Holschke, Barbara Große, Hermine und Reinhold Irimi, Rainer Bäurich, Erwin Kujadt, Wilma Möller, Ernst Levin, Dr. Ingrid und Klaus Muder, Erika und Johann Leeb, Günter Scharf, Manfred Gärtner, Ingolf Braungart, Christian Lappe, Karl-Heinz Hammer, Günther Müller, Hede und Paul Ehrlich, Erika und Horst Herbrich, Horst Lindemuth, Günter Jäger, Dorothee und Eberhard Pohl, Dr. Bernd Palm, Klaus-Dieter Jakob, Heidemarie und Klaus Mlodzianowski, Heinz Unruh, Helmut Stelling, Jürgen-Kurt Wenzel, Dr. Oswald Gürtler, Ulrich Schnuchel, Ingrid und Gert Merten, Erna und Bernhard Harz, Klaus Noack, Hannelore und Armin Bernecker, Gottfried Walther, Ingrid Schmidt, Annerose und Rodolf Lenkisch,

Horst Schultz, Helmut Günther, Karla und Dieter Bachmann, Rosemarie und Erich Marzahn, Udo Jahr, Waltraud und Heinz Noack, Waldemar Döring, Horst Holtz, Klaus Bartholomay, Dr. Barbara Haslbeck und Dr. Hendrik Hansen, Karla und Karl Büchner, Karl-Heinz Ulrich, Rudolf Schrader, Gisela und Hubert Gärtig, Hnas Stein, Waltraud Ewert, Jakob Weisbrod, Fritz Schaarschmidt, Wolf-Peter Rubner, Bernd Noll, Karl-Heinz Werner, Gerd Ahnert, Martin Rabe, Gerhard Janson, Rita Friedemann, Max Haller, Werner Mieth, Jürgen Stahf, Ferdinand Gesell, Erich Keppeler, Heinz-Jürgen Klein, Bringfried Schneider, Helmut Günther, Peter Leuteritz, Erhard Dannehl, Robert Kneip, Udo Michelmann, Klaus Junghans, Erik Hofmann, Irene und Bruno Nietzwecki. **Die VOS dankt allen!**

Gerechtigkeit bei den Altersrenten für Übersiedler aus der DDR?

IEDF äußert sich kritisch zu den geplanten Anhebungen der Altersrenten im Sommer 2014

In diesem Jahr ist wieder eine Erhöhung der Altersrenten in Deutschland geplant. Die Anhebungen sollten nach unterschiedlichen Prozentpunkten erfolgen. Dabei wird wiederum nicht auf die durch die Vereinigung der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e. V. (IEDF) eingegangen, die seit Jahren eine gerechtere Behandlung von Bürgern fordert, die die DDR vor 1989 verlassen haben.

Fritz Schaarschmidt, der dieser Vereinigung angehört, übermittelte uns dazu nachfolgendes Schreiben:

Die durchschnittlich ausgezahlten Versichertenrenten im Osten liegen sowohl bei den Männern mit rund 1.021 Euro monatlich als auch bei den Frauen mit rund 727 Euro pro Monat über denen im Westen. (Stand: 31. Dezember 2012). Die verfügbaren Durchschnittsrenten der Männer sind in Ostdeutschland um rund 4 % höher als im Westen. Die verfügbaren Durchschnittsrenten der Frauen liegen rund 40 % über den Renten der Frauen im Westen. Diese Relation zu Gunsten von Ostdeutschland resultiert vor allem aus den geschlossenen Versicherungsbiografien der Betroffenen. Hinzu kommt, dass in den Renten in den neuen Ländern auch Rentenbestandteile im Zusammenhang mit der Überführung der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR in die gesetzliche Rentenversicherung enthalten sind.

Das war der Stand Ende 2012. In der Zwischenzeit wurden die Renten im Osten um mehr als 3 % und die im Westen nur um 0,25 % angehoben. Wir haben die Fraktionsvorsitzenden der Regierungs- und Oppositionsparteien angeschrieben und darin gefordert, dass die Diskriminierung der spezifischen Personengruppe der ehemaligen DDR-Flüchtlinge mit in die Diskussion zu dem Bericht gehört.

Ist das vielleicht der Grund, dass der für die 8. Sitzung des Bundestages am 16. Januar vorgesehene Bericht plötzlich und heimlich von der Tagesordnung verschwunden ist?

Dietmar Grabner/Vorstand IEDF

Nachruf

Wie im Anzeigenbereich der letzten Fg bereits gemeldet, verstarb im Oktober 2013 auch

**Kamerad
Manfred Grünert**

aus Waldkirch
(bei Freiburg/Breisgau)

Kamerad Grünert war ein langjähriges Mitglied des Verbandes und ein regelmäßiger Spender für die VOS, die ihm viel bedeutet hat. Mit ihm verlieren wir einen jener Kameraden, die den Verband ohne große Worte und ohne in der vordersten Reihe zu stehen, stets gestärkt und mitgetragen haben.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

BV/FG

Unerschrocken und sachlich über die DDR berichtet

Der Journalist Dirk Sager verstarb im Januar

Anfang Januar 2014, am selben Tag übrigens wie unser Kamerad Wolfgang Stiehl, verstarb der verdienstvolle Fernseh- und Rundfunkjournalist Dirk Sager.

Sager, der in Hamburg geboren wurde und in Potsdam starb, hat viel von der Welt gesehen und viel über die Welt berichtet. Seine großen Verdienste erwarb er sich in den Zeiten der Teilung mit der Berichterstattung über den Ostblock. Wenn es Menschenrechtsverletzungen oder politische Ereignisse in der DDR gab, war Sager oft genug mit dem Mikrofon Vorort. Er berichtete unerschrocken, sachlich und ohne Kompromisse, er interviewte Manfred Krug nach dessen Übersiedlung in den Westen und kommentierte den Besuch Breschnews 1977 in Ost-Berlin. Er ließ sich nicht beeindrucken, wenn andere Journalisten aus der DDR verwiesen wurden, und er behielt die Ruhe und die Übersicht, obwohl er und sein Kamerateam bei Aufnahmen oder Interviews immer von einer Horde bedrohlich wirkender Stasi-Leute umringt waren, die neugierige DDR-Bürger abdrängten oder die verhindern wollten, dass man Sager persönliche Botschaften in Sachen Ausreisewilligkeit oder Ähnlichem zusteckte.

Sager hatte immer ein Gespür für die Brennpunkte der DDR-Gesellschaft und kannte die politischen Abgründe wie nur wenige West-Journalisten. Er beschrieb die Politiker des Ostens wie die des Westens haarscharf, ohne sie persönlich zu verletzen und sich selbst angreifbar zu machen. Seine Anbindung an das ZDF war vor allem durch die Sendung „Kennzeichen D“, die einstmals von Hanns-Werner Schwarze ins Leben gerufen wurde und die Sager in ihrer Vielfalt, aber auch in der erforderlichen Zurückhaltung fortsetzte, geprägt. Die Betrachtung der DDR, aber auch die des Kremls aus Sicht des Westens, hatte für viele hauptsächlich sein Gesicht und maß sich an seinen Berichten und Kommentaren.

Wie andere seines journalistischen Fachs erwarb sich Sager politische Insider-Kenntnisse beim RIAS Berlin, zumal er auch in Berlin zur Schule gegangen war. Später war er ZDF-Korrespondent in Washington und Moskau. Bisher unerwähnt blieb seine zeitweilige Moderatoren-Rolle bei der BBC London, wo er in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die Jugendsendung „Eine kleine Beat-Musik“ gestaltete, die bei den Jugendlichen in der DDR einen hohen Stellenwert einnahm und neben Rundfunk-Magazinen wie RIAS Treffpunkt, SF-Beat vom Sender Freies Berlin und den Sendungen des amerikanischen Soldatensenders AFN den Jugendlichen in der DDR westliche Schallplatten vorstellte. Die Sendung wurde dienstags ausgestrahlt und war mit einer Länge von nur 15 Minuten vergleichsweise kurz. Dennoch übte sie wie die anderen Jugendsendungen auch einen erheblichen Einfluss aus.

Mit dem Fall der Mauer büßte Sager weder seinen Aufgabenbereich noch sein Engagement ein. Nicht zuletzt durch seine Berichterstattung aus Russland bestätigte er seine journalistischen Fähigkeiten. Wann immer Rückblicke und Geschichtsbetrachtungen zur Teilung Deutschlands stattfinden, wird man Sagers Kompetenz bestätigt finden.

B. Thonn

Ein großes Vorbild und ein Aktivposten

Kamerad Wolfgang Stiehl unerwartet im Januar verstorben

Unerwartet und nur einen Tag vor der Vollendung seines 80. Lebensjahres verstarb am 2. Januar dieses Jahres unser hochgeschätzter Kamerad Wolfgang Stiehl aus Magdeburg. Seit der Öffnung der Grenze hat sich Wolfgang Stiehl mit all seinen Möglichkeiten für die Sache der ehemaligen politischen Häftlinge des kommunistischen Regimes eingesetzt. Unermüdlich auch hat er an der Aufarbeitung der Geschichte des SED-Unrechts teilgenommen und sich sowohl als Zeitzeuge selbst zur Verfügung gestellt wie auch wesentlich zur Organisation von Veranstaltungen beigetragen. Mit großer Sorgfalt und heißem Herzen gestaltete er ein halbes Jahrzehnt



das Internetmagazin von VOS und BOS und präsentierte dort Nachrichten, Kommentare und Berichte zu aktuellen und geschichtlichen Vorgängen, wobei er regelmäßig Beiträge vorab aus der Freiheitsglocke entnahm und sie der Öffentlichkeit präsentierte.

Unverzichtbar war seine Mitwirkung auf regionaler Ebene. Im Landesverband und in der Bezirksgruppe trug er zur Einrichtung der Geschäftsstelle bei und organisierte in Magdeburg die jährlichen Gedenkveranstaltungen für den Verband, an denen neben den Opfern auch Politiker und geschichtliche Persönlichkeiten wie Gerhard Löwenthal teilnahmen.

Wolfgang Stiehl war unter den Kameradinnen und Kameraden beliebt wie kein zweiter. Er war gutmütig, höflich und hilfsbereit, zugleich konsequent. Er leistete im Bedarfsfall lieber einen Arbeitsgang zu viel, bevor er einem anderen Kameraden eine unnötige Arbeit aufbürdete oder ihm Verdruss bereitete. Kaum war es möglich, sich mit diesem gutmütigen Menschen zu streiten, und doch schaffte er es,

wenn es um die Sache ging, sich mit Kompetenz und hohem Anspruch durchzusetzen.

Wolfgang Stiehl hat für uns alle in seiner freundlichen, aber zielbewussten Art dazu beigetragen, dass die Opfer des Kommunismus wesentliche Fortschritte in der Versorgung und der sozialen Besserstellung machen konnten. Er beteiligte sich an Demonstrationen für die Opferrente und hielt Kontakt zu den

Politikern des Landtags und der Stadt Magdeburg. Immer auch arbeitete er mit den Ämtern zusammen, um grundsätzliche formelle Fragen im Sinne aller klären zu können.

Zuletzt noch plagte ihn die Sorge um den Zusammenhalt unseres Verbandes. Die VOS, viele werden es

wissen und viele werden empfinden wie er, war ein Herzensstück aus seinem Leben. Einen Zerfall, wie er sich Ende 2013 fast anbahnte, hätte ihm sehr wehgetan. Gehörte er doch zu den Ersten, die sich gleich nach dem Mauerfall als DDR-Opfer outeten und den festen Kontakt zu Schicksalsgefährten aus den alten Bundesländern suchten. Dass die VOS in Sachsen-Anhalt und dazu auch in Magdeburg so stark geworden ist, haben wir in großem Maße seiner Beharrlichkeit und seinem unbeirrbaren Streben nach Wahrheit und Wiedergutmachung zu verdanken.

Wolfgang Stiehl starb überraschend. Er war in der eifrigsten Vorbereitung und Vorfreude zu seinem 80. Geburtstag, den er am 3. Januar feiern wollte. Viele von uns, die diesen letzten Gruß an ihn lesen, hatten eine Einladung bekommen. Die Feier sollte ein Fest der Freude werden. Damit sind sein familiäres Glück und das harmonische Zusammensein mit seinen Freunden und Kameraden gemeint. Er wollte aber auch das würdigen, was er und wir alle erreicht haben. Er hat sicher

nicht damit gerechnet, dass ihn ausgerechnet in dieser großartigen Stimmung das plötzliche Ende trifft. Uns, die wir ausnahmslos um ihn trauern, mag das schockieren, ganz besonders seine Frau und die engen Freunde aus der VOS, mit denen er sehr viel Zeit verbrachte. Für ihn selbst jedoch kam der Tod ohne Ankündigung. Er hat ihm keine langen Leiden beschert.

Wir alle trauern mit seiner Ehefrau Gertrud um diesen vorbildlichen Kameraden. Aber wir werden sein vielgestaltiges Vermächtnis pflegen und aufrechterhalten. A.R.

Hohen Auszeichnungen und vielen geholfen

Der langjährige Landesvorsitzende Sachsen, Kamerad Werner Dietz verstorben

Unser langjähriger Landesvorsitzender der VOS e.V. von Sachsen, Werner Dietz, ist am 15. Januar 2014 von uns gegangen. Wir trauern mit seiner Ehefrau Petra Dietz.

Werner Dietz hat sich durch sein außerordentliches ehrenamtliches Engagement für die Belange von SED-Opfern herausragende Verdienste erworben. Als Vorsitzender der Bezirksgruppe Reichenbach/Oberes Vogtland übernahm er innerhalb der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) e.V. zahlreiche regionale und überregionale Aufgaben. Als langjähriger Vorsitzender der 1990 gegründeten Landesgruppe Sachsen setzte er sich unermüdlich für die Belange von SED-Opfern ein und half ihnen, ihre traumatisch nachwirkenden Erlebnisse der kommunistischen Gewaltherrschaft zu verarbeiten. Darüber hinaus gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Stiftung „Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft“. Bis zuletzt engagierte er sich für die politische Verfolgten. Bereits 2004 wurde Werner Dietz vom Präsidenten des Sächsischen Landtags mit der Sächsischen Verfassungsmedaille, für seinen aktiven Einsatz für die Opfer politischer Gewaltherrschaft ausgezeichnet. Er war auch Träger des Bundesverdienstkreuzes.

Die Beisetzung und die Trauerfeier fanden am 28.01.2014 auf dem Hauptfriedhof in Treuen (Vogtland) statt. *BV/VOS-Landesgruppe*

VOS und Freiheitsglocke sind mir sehr wichtig

☒ Dem Spendenaufruf auf Seite 22 der letzten Fg bin ich sofort gefolgt und habe die angeregten dreißig Euro überwiesen. Die Freiheitsglocke ist mir sehr wichtig, so wie ich sie nun seit vielen Jahrzehnten kenne. Und die VOS ist für mich weiterhin ein großes Stück gemeinsam gelebtes Leben.

Ich bin der Meinung, den Betrag von dreißig Euro (oder auch etwas mehr) sollte jede und jeder von uns entbehren können, der die Opferrente erhält. Es ist ja nur ein kleiner Teil der Monatszahlung von 250 Euro. Nur wenn die VOS und die Freiheitsglocke weiter bestehen, werden wir auch weitere Verbesserungen für uns erreichen.

Heinz Richter

Bin sehr erleichtert über das Fortbestehen der VOS

☒ Nachdem ich erfahren habe, dass es um die VOS längst nicht so schlecht steht, wie es einige glauben machen wollten und die Vereinigung als Bundesverband weiter existiert und auch die Fg wieder erscheint, werde ich in den nächsten Tagen die Mitglieder unserer Gruppe, so wie ich die Kameraden erreichen kann, darüber informieren.

Ich und viele Kameraden, wir freuen uns, dass es weitergeht.

Klaus-D. Roessler

Einwurf!

Brandenburgs neuer Ministerpräsident spricht deutlich vernehmbar von einem Vertrauensverhältnis zu einer neuen Linken, die sich in einem positiven Neuaufbau befände und damit ein hohes Maß an Zukunftsfähigkeit ausstrahle.

Wir hören's: Hier ticken die SPD-Uhren anders. Da wird die leider nur zu wahr klingende Mär von einer altsozialistischen Volksrepublik Brandenburg wahrer als man glaubt.

Und zudem muss ich fragen: Singen die linken Fraktionen im neuen Landtagsgebäude auch bald wieder das Lied aller Rückwärtsgewandten „Mit uns zieht die neue Zeit“?

Andreas Kaiser

Ich warne alle vor maßlosen Übertreibungen

Auch Siegmara Faust spricht sich für Erhalt der VOS aus

☒ Also, liebe Kameraden und solche, die vergessen haben, wie man mit Kameraden umgeht,

... wenn der „Berliner Kurier“ etwas meldet, was gegen uns zielt, dann sollten wir nicht vergessen, woraus diese Zeitung hervorgegangen ist und wer sie heute liest. Selbst das ND ist inzwischen seriöser als dieses linke Boulevardblatt.

VOS Briefe Meinungen

Ich kann nur Luther zitieren:

„Der alt böse Feind / mit Ernst er's jetzt meint; / groß Macht und viel List sein grausam Rüstung ist, / auf Erd' ist nicht sein'sgleichen.“

Ich maße mir erst ein Urteil an, wenn ein Gericht in letzter Instanz entschieden hat, dass hier „offenbar hoch kriminelle Finanzaktionen“ stattfanden. Vorverurteilungen kennen wir von der Zone, wo die Urteile in politischen Prozessen bereits feststanden, bevor das Gericht überhaupt zusammen trat.

Allein der Satz „Derweil sitzen die Verbandsfürsten - allen voran Diederich - in ihrem Elfenbeinturm am Berliner Zoo und prassen vor sich hin“ verrät leider eine Gesinnung, die jener der SED-Funktionäre nahe kommt. Seid also etwas überlegter, bevor Ihr wutentbrannt die Sprache Eurer Peiniger nachahmt.

Da ich mich in Berlin viel auf Veranstaltungen „herumtreibe“, die unsere Thematik betreffen, kann ich nur aussagen, dass gerade Hugo Diederich immer und überall Präsenz zeigt.

Wir bringen stets reihum unsere Lebensmittel fürs Abendbrot mit. Und wenn uns dort mal ein Glas Wasser oder ein Kaffee angeboten wird, was Euch bei uns in Cottbus ebenfalls widerfahren kann, dann wären wir auch beleidigt, wenn das andere als „prassen“ denunzieren.

Ich will nur sagen, dass jedes VOS-Mitglied jedes Recht hat, sei-

nen Vorstand sachlich zu kritisieren und zu kontrollieren. Rechnungsprüfer müssten ja auch gewählt worden sein - oder?

Ich warne also vor maßlosen Übertreibungen, böswilligen Unterstellungen und schnellen Vorverurteilungen. Wer so einen Vorstand platt zu machen versucht, beleidigt auch jene, die diesen Vorstand gewählt haben.

Oder?

Geht also bitte etwas behutsamer mit Euch selber um und gegen jene Kameraden vor, die sich die Verantwortung für einen immer noch ziemlich großen Verband aufgebürdet haben. Es ist ja überall schwer, geeignete Leute für Vorstände zu finden. Es dürfte ja niemand an die Spitze gelangt sein gegen den Willen der Mitgliedermehrheit. Oder sehe ich das falsch?

*Siegmara Faust
(1974-1976 im Zuchthaus Cottbus,
verurteilt nach § 106,
Staatsfeindliche Hetze),
Vorsitzender des Verbandes politisch Verfolgter des Kommunismus e.V. (VPVDK) und Vorstandsmitglied im Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. (MRZ)*

SUCHMELDUNG

Ich bin auf der Suche nach ehemaligen politischen Häftlingen der

Strafvollzugsanstalt Untermaßfeld

Gibt es noch Überlebende oder Angehörige. Wenn ja, bitte bei mir melden:

HEINZ-G. LORENZ

GEORG-KROPP-STR. 3
71 638 LUDWIGSBURG

TEL: 07141-83149

Übrigens wurden vor 60 Jahren – es war am 16./17. Januar 1954 – aufgrund eines Erlasses des Obersten Sowjets 6.143 politische Häftlinge aus verschiedenen Haftanstalten der DDR vorzeitig entlassen. Auch ich war dabei.

Mit kameradschaftlichem Gruß und Wünschen für das Weiterbestehen von VOS und Freiheitsglocke

HEINZ-G. LORENZ

Blut für den Westen – Devisen für die DDR. Profit für die Konzerne

Eine Studie des BStU weist nach, dass mehr West-Firmen als bisher angenommen, von der Zwangsarbeit der DDR-Häftlinge profitierten

Mit überraschender Ausführlichkeit und mit stichhaltigen Details wartete am 14. Januar die ARD-Sendung REPORT MAINZ in ihrer Abendausgabe zum Thema Zwangsarbeit im DDR-Strafvollzug für westliche Wirtschaftsunternehmen sowie auch für andere Einrichtungen des einstigen „NSW“ (Nichtsozialistisches Währungssystem) auf.

Obwohl dieser äußerst eklatante Verstoß des DDR-Regimes sowohl gegen allgemeines Menschenrecht, wie auch gegen die geltenden Gesetzesvorschriften angeprangert wurden und die damals amtierende Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ihre Unterstützung zumindest bei der Aufklärung zugesagt hatte, wurde dieser Absicht weder in der Öffentlichkeit noch in maßgebenden Politikerkreisen Rechnung getragen. Dabei wäre es doch ein Leichtes gewesen, bei den Vereinbarungen zur Erreichung einer „GroKo“ auch hierzu etwas zu veranlassen.

Nun wurde jedoch bei REPORT MAINZ in der ungewöhnlichen Länge von 10.47 Minuten mit Zeitzeugen-Interviews und Recherche-Ergebnissen aus ehemaligen Haftanstalten berichtet. Anlass war eine Studie, die Roland Jahn als Bundesbeauftragter für die Unterlagen des einstigen MfS in Auftrag gegeben hatte, nachdem im vorigen Jahr die „IKEA-Verwicklungen“ mit eben dieser Zwangsarbeit in die Schlagzeilen gekommen waren und für eine Reihe von Fragen gesorgt hatten.

Neben der Auswertung umfassenden Aktenmaterials wurden Interviews mit ehemaligen politischen Häftlingen – darunter der VOS-Bundesvorsitzende Hugo Diederich – geführt. Ebenso verlas man auszugsweise vorher eingeholte Stellungnahmen, der aus der Zwangsarbeit mutmaßlich Nutzen ziehenden West-Firmen.

Laut dieser Studie – und dies ging bewiesenermaßen aus der Sendung hervor – ließen weitaus mehr Unternehmen in der DDR Waren produzieren als bisher bekannt. Dazu gehörten renommierte Weltfirmen wie Aldi, Woolworth oder Kaufhof. Dass die jeweiligen Firmenleitun-

gen Kenntnis über die in den Westen exportierten Erzeugnisse haben und ob ihnen bekannt war (oder ist), unter welchen sklavenhaften Bedingungen im Strafvollzug der DDR produziert und ausgebeutet wurde, ließ sich hingegen nicht bestätigen.

Erschreckend dabei die tief traumatische Wirkung, die die Sklavenarbeit zusammen mit den Haftbedingungen bis heute bei den Betroffenen hinterlassen hat und die durch Interviews mit Zeitzeugen bestätigt wurde. So berichtete der CDU-Politiker Arnold Vaatz von den unhaltbaren Zuständen im Stahlwerk Unterwellenborn (Maxhütte), wo die Häftlinge – wie überall im DDR-Strafvollzug – unter heute unvorstellbaren Arbeitsbedingungen zur Schwerstarbeit gezwungen

worden waren. Vaatz selbst hat ebenso wie Hugo Diederich unter der gesundheits-schädigenden Zwangsarbeit leiden müssen. Diederich (Foto) nannte als Empfänger der Stahlerzeugnisse solche großen Firmen wie Mannesmann und Klöckner.

Gezeigt wurde auch das Frauenzuchthaus Hoheneck, wo weibliche Gefangene mit Zwangsarbeit und unzumutbaren Haftbedingungen fürchterlich gequält wurden.

Durch die Studie konnte herausgearbeitet werden, dass weit mehr Konzerne als ursprünglich angenommen von der Zwangsarbeit profitierten. Nachdem im vorigen Jahr massive Vorwürfe gegen den weltweit agierenden Großanbieter IKEA erhoben worden waren, kommen nach den neueren Ergebnissen auch große Versandhäuser wie Quelle, Neckermann oder Baur als mutmaßliche Nutznießer der Haftzwangsarbeit in Betracht.

Ebenso wurde aber auch der weltmarktführende Autohersteller Volkswagen genannt, der aus der DDR Scheinwerferelektrik bezogen haben soll, die in DDR-Zwangsarbeit hergestellt wurde.

Wie viele mit der Haft verbundene Betriebe Erzeugnisse für West-Firmen fabrizierten, lässt sich konkret erst nach der Veröffentlichung der Studie feststellen. Vorab wird jedoch durch den mit der Studie beauftragten Historiker Thomas Wunschick geschätzt, dass allein durch Häftlingszwangsarbeit jährlich ein Warenumsatz von über 200 Mio. DM möglich wurde. Beteiligt daran bzw. durch Ausbeutung geschädigt sind sowohl politische wie auch wegen krimineller Delikte verurteilte Gefangene.

Die Antworten der auf ein Mitwissen an der Häftlingszwangsarbeit angesprochenen Unternehmen sind nichtssagend, wenn nicht gar blamabel. Mal wieder ist es der übliche hilfreiche Dunst von Unwissenheit und Naivität, in den sich die Verantwortlichen hüllen. Wie gehabt lehnen sie jede Verantwortung ab und bestreiten, von Häftlingszwangsarbeit profitiert zu haben. Dass sie grundsätzlich aber Zwangsarbeit von Gefangenen der DDR verurteilten, klingt da nicht gerade überzeugend. BStU-Leiter Roland Jahn



zweifelt die selbstentlastenden Antworten ebenso wie Historiker Wunschick an. Großabnehmer wie IKEA oder die Versandhäuser hätten durchaus die Möglichkeit gehabt, der Herstellungssituation in der DDR auf den Grund zu gehen und gegebenenfalls auch Einfluss zu nehmen.

Einige Firmen machen es sich sogar besonders leicht, indem sie erklären, durch inzwischen eingetretene Veränderungen in der rechtlichen Konstellation ihrer Betriebe keinen Bezug mehr zu den damaligen Vorgängen zu haben. Gemeinsam ist aber allen die nicht nur latente Unwilligkeit, auf großzügige und formlose Weise gegenüber den Geschädigten eine Art Wiedergutmachung zu leisten. Bereits im Vorjahr fanden Konfrontationen mit dem Einrichtungsriesen IKEA statt. Getan hat sich nichts Spürbares.

→ Seite 11 oben

Überraschend hingegen, dass in einem besonders schockierenden Fall eine hundertprozentige Bestätigung der praktizierten Sklaverei erfolgte. So gab das DRK (Deutsches Rotes Kreuz) Bayern unumwunden zu, dass man Mitte der 1980er Jahre über einen Zwischenhändler aus der DDR Blutkonserven eingekauft hätte. Die Konserven stammten nachweislich von Häftlingen der StVE Gräfentonna (nahe Erfurt), was durch das DRK allerdings nicht bestätigt wurde. Wegen der inzwischen vergangenen Jahrzehnte sei hier keine Klärung möglich.



Grippeschutzimpfung teilzunehmen. Darf oder muss man nicht fragen, was in Sachen Devisenbeschaffung noch hätte passiert sein können? Ist es der DDR-Führung nicht irgendwann auch in den Sinn gekommen, gegen harte Devisen sogar Organe von Häftlingen in den Westen zu exportieren? Die Sterberate der Inhaftierten im Strafvollzug war keineswegs gering. Gibt es hierzu Erkenntnisse oder erste Nachforschungen?

Dennoch, erwiesen ist, an den mehreren durchgeführten Blut-Spendetagen wurden jeweils 60 bis 70 Häftlinge „zur Ader“ gelassen. Keineswegs erfolgte die „Spende“ durch die Häftlinge freiwillig. Hatten doch auch gerade die wegen krimineller Delikte Inhaftierten Nachteile zu erwarten, wenn sie die Blutabgabe verweigerten. Man erinnere sich, dass es allein schon zu massiven Repressalien in Form von Prügel oder Arrest kam, wenn sich Gefangene, egal ob politisch oder kriminell, weigerten, an der jährlichen

Darf oder muss man nicht fragen, was in Sachen Devisenbeschaffung noch hätte passiert sein können? Ist es der DDR-Führung nicht irgendwann auch in den Sinn gekommen, gegen harte Devisen sogar Organe von Häftlingen in den Westen zu exportieren?

Dennoch, die vorliegenden Beweise und Erkenntnisse sind bestürzend genug. Dass nunmehr eine schnelle und deutliche Wiedergutmachung erfolgen müsste, bedarf keiner Diskussion. Keine Rolle spielt es, dass man in den Unternehmen „nichts“ gewusst oder geahnt habe oder dass man als unstrukturierter Rechtsnachfolger gar nicht „zuständig“ sei.

Die Forderung der VOS hierzu ist eindeutig, und sie wird auch von Roland Jahn (Foto) bekräftigt: Die

Konzerne, denen ein Nutzen aus DDR-Zwangsarbeit nachgewiesen wurde und wird, sollen in einen gemeinsamen Fonds einzahlen. Der Fonds sollte zur Rentenaufstockung aller ehemaligen Häftlinge verwendet werden. Hier ist der Bundesvorstand mit weiteren entscheidenden Aktivitäten gefragt.

In die Pflicht zu nehmen ist dabei auch der Bund. Man darf nicht vergessen, dass die Häftlinge ein reguläres Arbeitsverhältnis mit den bei den Haftanstalten ansässigen Betrieben und Kombinatn hatten. Die Arbeitgeber haben für jeden Häftling Sozialabgaben geleistet, deren sich das Ministerium des Innern bemächtigt hat. Die Begründung lautete: Es werden ja dafür durch das Ministerium Kleidung, Unterkunft, Verpflegung und ärztliche Behandlung gewährleistet. Ein Hohn, wenn man sich die Behandlung und die Versorgung der Häftlinge in Erinnerung ruft.

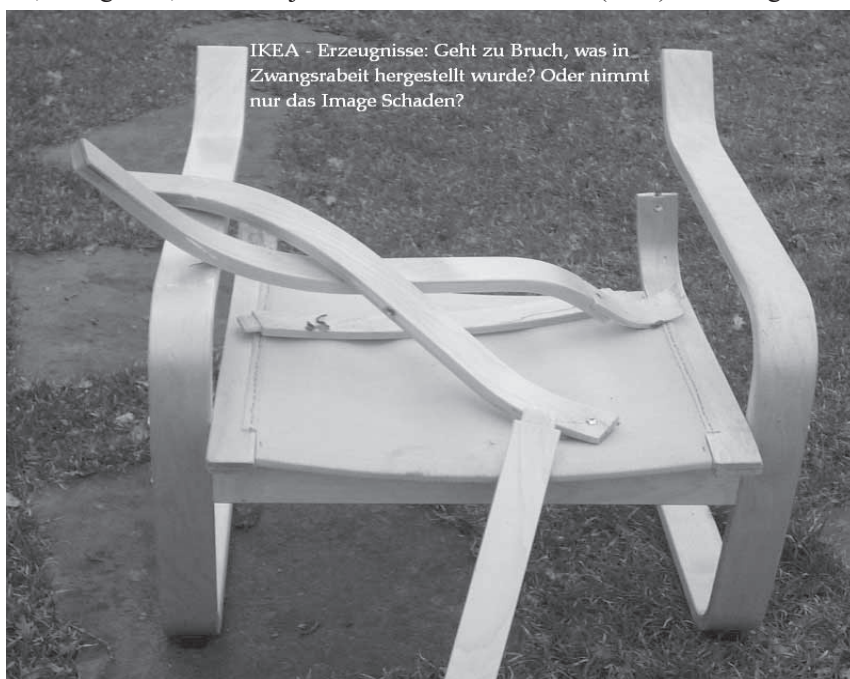
Weniger höhnisch dürfte die Feststellung klingen: Die Prügel, die Kälte in den Zellen und den Lärm in den Arbeitshallen gab es, wie sonstigen Repressalien auch, immerhin gratis. *Tom Haltern*

Dieser Bescheid ist sehr wichtig für uns

Freistellungsbescheid für 2012 vom Finanzamt für VOS

BV/FG Gute Nachricht für den Bundesvorstand der VOS und alle Mitglieder: Auch für 2012 erteilte das Finanzamt unserem Verband die Bestätigung der Gemeinnützigkeit. Somit müssen keine Steuern abgeführt werden, Spender können die Zuwendungen, die sie der VOS zu-eignen, weiterhin von der Steuer absetzen. Dies nützt dem Verband in finanzieller Hinsicht und stärkt auch das Ansehen, das von einigen Leuten leider gern als beschädigt dargestellt wird.

Der Vorstand bedankt sich bei allen, die ihm Vertrauen entgegen gebracht haben und weiterhin entgegenbringen. Wie in jedem Jahr war die Bereitstellung der Unterlagen für das Finanzamt mit erheblichem Aufwand verbunden. Umso erfreulicher ist der nunmehr zu verzeichnende Erfolg.



Informativ, wahr und ohne Scheu vor Verfälschungen

Das niederländische Fernsehen nimmt sich konsequent des Themas Zwangsarbeit in DDR-Haft an

In Holland ist man, wenn es um die Verbrechen der kommunistischen Diktaturen geht, nicht so zimperlich wie in Deutschland, wo man bei selbigem Thema erst mal schön vorsichtig sein sollte, weil man den Zorn der Linken und vielleicht sogar die Geldforderungen ihrer Anwälte fürchten muss.

Zu erfahren war dies bereits vor einigen Jahren, als unser Kamerad Xing-hu Kuo aus Angst vor Verfolgung durch die Stasi-Altlasten seinen Wohnsitz in unserem Nachbarland genommen und sich dort erfolgreich um die Aufklärung der im SED-Regime gegen unbequeme DDR-Bürger ausgeübten Repressalien bemüht hatte.

Kürzlich war man nun in den Niederlanden auch auf das Thema Zwangsarbeit in der Haft aufmerksam geworden, zumal sich herausgestellt hatte, dass es auch dort renommierte Firmen gab, die von der Sklavenarbeit der DDR-Gefangenen ihren Profit zogen.

Im Mittelpunkt eines Berichts, der am 23. Januar über Eén TV ausgestrahlt wurde, stand zunächst der Bundesvorsitzende der VOS Hugo Diederich, der in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im Interview die Ergebnisse kommentierte, die kurz zuvor durch die Studie bei der BStU bekannt geworden waren.

Dabei bedarf es, sollte man sich den Beitrag nunmehr übers Internet abrufen, von vornherein kaum der Überwindung wesentlicher Sprachbarrieren, denn allein im Background der Anmoderation sind die Firmen-Logos von Shell, C & A; Philips und anderen großen Unternehmen zu sehen. Gleich darauf berichtet der Historiker Thomas Wunschick, von wem welche Erzeugnisse aus den DDR-Anstalten bezogen wurden.

Passend wird dazu im Hintergrund die Zelle gezeigt, die den eingesperrten DDR-Sklaven teils über Jahre als „Ruhe- und Erholungsstätte“ dienen mussten, während die gutgekleideten Herren in den Manageretagen der West-Unternehmen maximale Profite aus jedem Produkt verkauften, die in Hochglanzkatalogen angeboten wurden.

Für Hugo Diederich ist es dann trotz aller traumatischen Belastungen ein besonderer Moment, dass er vor laufender Kamera den mühsam als Ausstellungsstück erkämpften (ein großer Dank geht abermals an unseren verdienstvollen Kameraden Ehrhard Göhl!) Grotewohl-Waggon aufschließen darf, wo es doch zu Haftzeiten alle mal umgekehrt war: „Man musste warten, dass jemand kam und einen ‚heraus schloss‘, wobei man sich auch da absolut gemischter Gefühle nicht erwehren konnte – wusste man doch als Häftling nie, was einen jenseits der dicken Eisentür an Schikane und Grausamkeit erwartete.“

Im Interview nennt Diederich, der in seiner Haft als Stahlkocher in den Werkhallen von Riesa seine Gesundheit und das Leben aufs Spiel setzte, die Firmen Mannesmann und Klöckner als Empfänger der Haftarbeitsprodukte.

Die Schilderungen von Historiker Wunschick sind nicht minder präzise. Quelle, Karstadt, Kaufhof und andere Abnehmer werden genannt. Und natürlich IKEA, das – hier könnten Steuergründe eine Rolle gespielt haben – seinen Firmensitz mittlerweile in die Niederlande verlegt hat.

Roland Jahn, aktuell beauftragter Leiter der BStU-Behörde, kommt ebenfalls zu Wort und geht in seinem Statement davon aus, dass die West-Firmen im Wesentlichen von den Produktionsstätten gewusst haben dürften. Dies lässt uns insofern aufhorchen, als man heuer in einigen Leitungsetagen das Mitwissen abstreitet und, was gleichsam als schändlich zu bezeichnen wäre, dass im Westen allgemein die Schikane bekannt waren, denen insonderheit politische Häftlinge in der DDR ausgesetzt waren.

Letztlich waren es nicht nur Löwenthals ZDF-Magazin und die Bild-Zeitung, die freigekaufte Gefangene mit ihren schlimmen Erfahrungen zu Wort kommen ließen und so der Öffentlichkeit, wozu gewiss auch die komfortabel eingerichteten Manager-Etagen der Großkonzerne gehört haben durften, mitteilten, was in den DDR-Haftanstalten stattfand.

Edda Schönherz, die seit langem in der Gedenkstätte Führungen für Touristen leitet, kommt ebenfalls zu Wort. Sie schildert, wie sie und andere Gefangene mit Kupferdraht Elektromotoren wickeln mussten. Dies ist eine sitzende Beschäftigung, die dem Körper in hohem Maße unzutraglich ist und die sich durch absolute Stupidität beschreiben lässt. Dies trifft allerdings auf jede Form der Haftklaverei zu. Edda Schönherz erfuhr, dass die Motoren, für die sie Spulen wickelte, in Waschmaschinen oder Radios eingebaut wurden und dann Richtung Westen gingen. Wie groß der Profit ist, der aus der Sklavenarbeit hervorgeht, lässt sich nicht konkret beziffern. Allerdings ist einzuschätzen, dass die Millionen, von denen man kürzlich noch redete, kaum realistisch sein dürften. Der Gewinn könnte in die Milliarden gehen. Und die Forderungen, die die Betroffenen, sofern sie nach den Quälereien noch am Leben sind, auf eine Wiedergutmachung erheben, erweisen sich nach diesem bemerkenswerten Bericht als durchaus berechtigt. Dieser Meinung ist man inzwischen in den Niederlanden.

Erfreulich, was heißt gerechtfertigt, wäre es, wenn man auch in Deutschland zu dieser Erkenntnis käme – und das möglichst schnell. Die VOS, wie man weiß, ist bereit, an entsprechenden Wiedergutmachungsmodellen mitzuarbeiten.

Valerie Bosse

Potsdam: Gedenkstätte Leistikowstraße

☞ Die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße in Potsdam im ehemaligen Untersuchungsgefängnis der sowjetischen militärischen Spionageabwehr informiert mit einer Dauerausstellung über die Geschichte des Hauses und die Menschen, die zwischen Sommer 1945 und der Auflösung des sowjetischen Geheimdienstes KGB 1991 hier inhaftiert waren. Öffnungszeiten sind der Internetseite der Gedenkstätte zu entnehmen. An Feiertagen ist die Gedenkstätte für interessierte Besucherinnen und Besucher auch zusätzlich geöffnet. *H.D.*

Aufklärung der DDR-Haft Zwangsarbeit nicht gewollt?

Gehässigkeiten und die alten Positionen in der linken Presse

Kaum war der Entschluss der Ostbeauftragten der Bundesregierung Iris Gleicke (SPD), sich näher mit den Bedingungen der von Häftlingen im DDR-Strafvollzug verrichteten Zwangsarbeit zu befassen, am 17. Januar in der Tageszeitung Neues Deutschland gemeldet worden, offenbarte ein Leserbrief in derselben Zeitung am 22. Januar, was in den Köpfen vieler ehemaliger DDR-Bürgerinnen und -Bürger noch vorgeht. Da hieß es:

Ich dachte immer, dass Regierungsvertreter grundsätzliche und anstehende Aufgaben für den Bürger zu lösen hätten. Wenn ich aber lese, dass sich die neuernannte Ostbeauftragte der Bundesregierung erst einmal darum bemühen will „Systematisches Wissen über die Bedingungen im DDR-Strafvollzug“ zu schaffen, so hat man wohl eine Unwissende eingesetzt. (...) Man sollte ihr helfen eine echte Prioritätenliste für den Osten zu finden. (...)

Wer immer geglaubt hat, in die Köpfe der Täter oder wenigstens der Mitläufer der untergegangenen SED-Diktatur könnte ein Umdenken und Begreifen einziehen, der sieht sich nun also abermals getäuscht. Allerdings dürften die Wenigsten der ehemaligen politischen Häftlinge der SED-Diktatur erwartet haben, dass sich diesbezüglich etwas ändert. *B. Thonn*

Die Ismusse von einst

Wer den Sozialismus mit seiner ideologischen Monotonie miterlebt hat, dem klingen heute vor allem die verbalen Eckpfeiler im Ohr. Hier eine (kleine) Auswahl, die sich durchaus erweitern ließe:

Marxismus-Leninismus, Kommunismus, Sozialismus, Materialismus, Idealismus, Kapitalismus, Imperialismus, Faschismus, Revisionismus, Revanchismus, Kolonialismus, Antagonismus, Antisemitismus, Zionismus, Katholizismus, Maoismus, Dogmatismus, Feudalismus, Militarismus, Anarchismus, Pluralismus, Rassismus, Militarismus, Anglizismus ...

Ein sinnvoller Kampf erfordert Disziplin

Aus unserem (!) Leben lernen, für das Land, für den Verband

☒ Einige von uns sollten sich einmal an ihre Jugend zurückerinnern. Soll heißen: Wir werden uns zwangsläufig immer in einer (psychischen) Kampfsituation befinden, aber wir werden jegliche Form von Gewalt, solange sie nicht einer unausweichlichen Selbstwehr dient, ausschließen. Dies gilt im erweiterten Sinne auch für die heutige Bundesrepublik Deutschland und natürlich für unseren Verband.

Ein sinnvoller, der heutigen Zeit angepasster Kampf erfordert nicht nur Mut und Courage, sondern vor allem geeignete Formen der Disziplin. Das heißt für mich, dass selbst bestimmende, grundsätzliche Einsichten eingehalten werden.

Wir haben in dieser Hinsicht doch in unserem Leben mehr als uns lieb ist gelernt. Oder etwa nicht?

Wolfgang Schmidt

In Deutschland gilt derjenige, der auf Schmutz hinweist, als viel Gefährlicher, als derjenige, der den Schmutz macht ...
Kurt Tucholsky

Umbenennung nach Erich Loest?

Stadt Leipzig will den sächsischen Schriftsteller ehren

☒ Laut Beschluss des Leipziger Stadtrates soll demnächst eine Straße oder ein Platz in der Messe-Metropole nach dem langjährigen Bautzen-Häftling Erich Loest benannt werden. Loest ist zwar in Mittweida (ebenfalls Sachsen) geboren, doch nach dem Mauerfall lebte er meistens in Leipzig, wo er in 2013 auch verstorben ist.

Mit der Benennung einer Straße oder eines Platzes nach Erich Loest würde nicht nur der Autor als großer deutscher Literat geehrt werden, sondern es verbände sich mit diesem Akt auch eine Würdigung der Widerstandsleistung vieler anderer Häftlinge und Verfolgter, die nicht zu einem Ruhm und zum Erfolg wie der Schriftsteller Loest gelangten.

Loest bekannte sich stets zu seinem Schicksal und arbeitete die Diktatur in den Büchern auf. *V. B.*

Hilfe und Kontakt zu VOS-lern gewünscht

An Kameraden in Bayern, Baden-Württemberg und sonstige

☒ Ich hoffe sehr, die schwer dunklen Wolken über der VOS sind wenigstens zum Teil vorbei gezogen. Wenn sie völlig weg wären, wäre es natürlich besser. Aber: Wunder dauern ja meist ein wenig länger. Jedenfalls wäre das einfach schön.

Ich selbst „knabbere“ immer noch an meinen selbst gestellten Aufgaben (wie in vorhergehender Fg berichtet) und würde gern zu den kompetenten VOS-Kameraden in Bayern (oder an anderer Stelle, z. B. Baden-Württemberg) Kontakt aufnehmen.

Ansonsten wäre mir auch geholfen, wenn ich Hinweise auf das VOS-Archiv der 1950er Jahre bekäme, damit ich dort suchen (und hoffentlich finden) könnte.

Lothar Utecht

Hafttrauma nach vier Tagen – ach je!

Handschellen für Karl Dall – und das war kein Joke

Wegen des Vorhalts der Vergewaltigung wurde Karl Dall, von dem man immer dachte, dass ihn nichts anficht, Ende vorigen Jahres in ein Untersuchungsgefängnis gesteckt. Seine Familie wusste nicht, wo er sich befand. Und Handschellen musste er auch noch tragen. Jetzt, so teilte er nach der Freilassung mit, sei er traumatisiert.

Ja, so ist das. Vier Tage, vier Wochen, vier Monate, vier Jahre – die ehemaligen politischen Häftlinge der DDR und der SBZ kennen das. Nach vier Tagen, vier Wochen oder vier Monaten ist freilich kaum einer freigekommen. Aber jeder von ihnen hat auch sein persönliches Schicksal hinter sich und hat gelitten. Das Trauma hält dann ein Leben lang an.

Wie wäre es, wenn Karl Dall hinginge und der Öffentlichkeit klar machte, was Haft bedeutet – damals noch viel mehr als heute – und wie schlimm es ist, später dafür höchstens bemitleidende Hohlsätze und von den Ärzten und den Psychiatern Unverständnis zu ernten?

Tom Haltern

Genickschuss, Gewehrkolben, Eisenfaust – so lauteten ihre Mittel

Heinz Unruhs nicht enden wollender Weg durch die brutale Maschinerie der Sowjets – 11. Teil

Auch in dieser Ausgabe setzen wir die Schilderung unseres Kameraden Heinz Unruh über seine Haftzeit und die Zustände in der unmittelbaren Nachkriegszeit unter der sowjetischen Gewaltherrschaft fort. Nach wie vor besteht bei den Leserinnen und Lesern ein erfreuliches Interesse, auch wenn durch die Doppelausgaben der Fg längere Unterbrechungen entstanden sind. Der Bericht ist ein wichtiges Zeitdokument, das für viele ähnliche Schicksale spricht und all jenen einen Platz in der Geschichte schafft, die während oder infolge der Haft ihr Leben gelassen haben.

11. Teil:

Fortsetzung aus 733/4

Ab sofort spielten die von mir angeblich begangenen Kriegsverbrechen bei den Verhören keine Rolle mehr. Auf meine erstaunte Frage, ob man denn akzeptiere, dass ich die Geständnisse unter Zwang abgegeben hätte, bekam ich zur Antwort, diese Thematik sei inzwischen bedeutungslos, nunmehr ginge es um meine Tätigkeit als Spion.

Ich konnte mit dieser Auskunft wenig anfangen, wunderte mich jedoch, als ich plötzlich eine Schüssel mit „Kascha“, ein Grützgericht mit Fett und etwas Zucker, vorgesetzt bekam und der Hauptmann ausgesprochen entspannt, fast freundlich mit mir umging. Ich bat, die Schüssel mit auf die Zelle nehmen und dort in Ruhe verzehren zu dürfen, aber das wurde abgelehnt. Es hieß, das würde bei den anderen Gefangenen Verwirrung stiften.

Also schlang ich den Brei jetzt in aller Eile hinunter und achtete kaum darauf, was sonst geschah. Ich war müde, durchgefroren und völlig entkräftet. Teilnahmslos nahm ich es hin, dass der Hauptmann allmählich Berge von Protokollen anfertigte, diese dann fein säuberlich abheftete und mir nach Tagen alles zur Unterschrift vorlegte.

Nachdem das letzte Protokoll unterschrieben war, telefonierte der Hauptmann mit seinem Vorgesetzten. Er verfiel nun wieder in einen lauten Tonfall, was ich aber nicht auf mich bezog. Ich hatte mit mir zu tun, mit meinen Innereien. Durch

diesen Grützbrei, den ich nun mehrmals vorgesetzt bekommen hatte, begehrten meine Därme auf. Ich war weder die Menge noch den Fettgehalt gewöhnt. Dem Hauptmann blieb schließlich nichts übrig als mich auf meine Zelle bringen zu

Häftlings = Schicksal

lassen. Allerdings brüllte er mich nicht an, und auch der Posten, der mich ansonsten aufs gemeinste drangsaliert hatte, ließ mich geradezu gemächlich durch die Gänge taumeln.

Da die Temperatur draußen inzwischen gestiegen war, stand die Luft im Innern der Roten Hölle wie eine undurchdringliche Wand.

Bei der Rückkehr in die Zelle schlug mir ein fürchterlicher Gestank entgegen. Da die Temperatur draußen inzwischen gestiegen war, stand die Luft im Innern der Roten Hölle wie eine undurchdringliche Wand. Es dauerte einige Zeit, ehe ich mich mit der Atmung darauf eingestellt hatte.

Von der Zahl der Gefangenen waren wir inzwischen einer weniger. Wie ich erfuhr, hatte man den Balten abgeholt. Er sei völlig abgemagert und etwas irre gewesen. Ich sah den armen Kerl nie wieder.

Die übrigen Mitgefangenen hielt man weiterhin auf Trab. Nacht für Nacht wurden sie zu Verhören geholt. Auch sie sollten ihre Spionagetätigkeit für die Amerikaner und Engländer gestehen. Es war unglaublich und mit Maßstäben der Vernunft nicht zu messen, was hier geschah. Ich selbst blieb vorerst verschont. Ich konnte nachts auf meiner Pritsche bleiben und hockte am Tag in der Zelle, lehnte an der Wand oder lief mit den anderen im Kreis. Wir starrten die Wände an, in die eine Unzahl von Namen und Jahreszahlen eingeritzt war. Es waren oft genug Botschaften des Todes oder der schonungslosen Miss-

handlung. Genickschuss, Gewehrkolben, Eisenfaust – so lauteten ihre Mittel. Hin und wieder beteiligte ich mich an den Gesprächen, die sich darum drehten möglichst glimpflich bei den Verhören wegzukommen. Es war auffällig, dass einige der Kameraden, die jungen ganz besonders, gar nicht begriffen, was mit den Vorwürfen, ein Spion zu sein, auf sie zukam.

Das andere war das Thema Essen, über das man endlos, aber eben nur rein theoretisch reden konnte.

Etwas Abwechslung brachte der Kamerad aus Beeskow-Storkow, der uns die wenig ungewöhnliche Geschichte seiner Verhaftung präsentierte. Er und ein paar Freunde waren mit ihren Mädchen an den Wochenenden meistens nach West-Berlin gefahren, zum Tanz. Auch er hatte seine Verlobte dabei gehabt. An einem der Tanzabende lernten sie einen jungen Amerikaner namens Brown kennen, der in der Tanzkapelle spielte. Er steckte ihnen Broschüren und Zeitungen zu, in denen die Vorzüge westlicher Demokratien angepriesen wurden, und sie nahmen diese mit.

Man brachte die Mädchen durch Schläge zum Schreien und ließ wie zufällig die Jungen im Nebenzimmer bei deren Vernehmungen mithören.

Das wurde ihnen bald schon zum Verhängnis, weil unter ihnen ein SPD-Mann war, der nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zum überzeugten Kommunisten wurde und sie anzeigte. Die Hausdurchsuchungen folgten sofort, die westlichen Zeitungen und manches andere, was auf einen weltofenen Lebensstil hindeutete, wurden mitgenommen und als antisowjetisches Propagandamaterial ausgelegt. Die Jugendlichen, auch die unbeteiligten Mädchen, wurden abgeholt und nach Potsdam in die Haftanstalt gebracht.

Es waren nun die gleichen Sowjet-Offiziere wie bei mir, die die jungen Leute in die Mangel nahmen und sie unter Misshandlungen und mit der üblichen Hintertriebenheit zu Geständnissen prügeln.

☛ Seite 15 oben

Vor allem nutzte man das Mitgefühl der Jungen für ihre Freundinnen aus. Man brachte die Mädchen durch Schläge zum Schreien und ließ wie zufällig die Jungen im Nebenzimmer bei deren Vernehmungen mithören. So kam man auf leichte Art und Weise zu Geständnissen. Wie schrecklich diese unglückliche und dennoch nicht ungewöhnliche „Geschichte“ ausgehen sollte, muss hier nicht erwähnt werden.

Doch auch für mich war der Spuk noch lange nicht vorüber. Ganz im Gegenteil. Nach nicht mal einer Woche wurden die Verhöre fortgesetzt. Nacht für Nacht holte mich der Posten aus der Zelle und trieb mich durch die Flure. Wieder saß ich dem Hauptmann gegenüber, der wie ein Besessener schrieb. Was er schrieb, das waren meine „Geständnisse“. Ja, ich durchbrach alle Re-

geln der Vernunft und gab wahrhaft filmreife Spionage-Akte zu, die ich nicht begangen hatte, die mir aber der Hauptmann zuvor in den Mund gelegt oder mir einfach vorgesagt hatte. Ich dachte, es sei nun eh egal und käme auf weitere Lügen nicht an. Ich gab alles zu und verdrängte die Gedanken an die schwerwiegenden Folgen. Und ich bekam immer neue Schlüssel mit diesem Kasha-Brei und war froh, weil der Hauptmann mich nicht anschrte und mich nicht schlug, sondern geradezu freundlich mit mir umging.

Ein bisschen Erleichterung erfuhren wir dann auch in der Zelle. Wir bekamen einen neuen Wachtposten. Dieser entpuppte sich als nicht ganz so garstig wie sein Vorgänger, der wegen seiner kranken Füße ständig mit Filzatschen bekleidet gewesen war. Dem neuen Posten schien der Gestank in unserer Zelle so uner-

träglich, dass er morgens beim ersten Aufschließen erschrocken einen Meter zurückwich und blass wurde. In der Tat hatte mit dem weiteren Anstieg der Außentemperaturen auch das bereits an Verwesung grenzende Klima in unserer Zelle zugenommen. Der neue Posten ließ daher den Fäkalienkübel, der durchgerostet und verkrustet war und eher an einen einstmaligen großen Kochtopf erinnerte, entfernen und schaffte als Ersatz eine große Milchkanne mit leider zu enger Öffnung heran.

Heinz Unruh

Der Beitrag wurde durch den Fg-Redakteur textlich umgearbeitet. Stand Original Manuskript: S. 38

Ann.: Aus Datenschutzgründen wurden einige Namen geändert. Die autobiografische Serie wird fortgesetzt.

Die zwei Gedenktafeln endlich angebracht und eingeweiht

Beharrlichkeit und Sachlichkeit führen in Plauen endlich ans Ziel. Doch ein leichter Weg war es für den Initiator Wolfgang Seidel von der VOS keineswegs

Acht Jahre hat es gedauert, ehe die unten/nebenstehend (Foto) abgebildeten Gedenktafeln am alten Plauer Gefängnis angebracht werden konnten. Nun war es aber endlich soweit: Auch der Kulturreferent der Stadt (rechts) war am 17. November 2013 anwesend, als die Tafeln offiziell übergeben wurden.

Initiator des Gedenkenakts war VOS-Kamerad Wolfgang Seidel (Foto: 3. v. r.), der mit Frau und Sohn und den Hinterbliebenen eines Opfers zur feierlichen Kranzniederlegung gekommen war.

Wolfgang Seidel war – wie sein Vater auch – selbst mehrere Jahre inhaftiert. Daher war ihm das Anbringen der Tafeln ein Anliegen, das mit seinem persönlichen Lebensweg ganz eng verbunden ist. Er hat sehr lange beim Rat der Stadt „anklopfen“ müssen, um die Gedenktafeln durchzusetzen.

Die links befestigte Tafel war bereits früher am alten Gerichtsgebäude angebracht gewesen. Sie wurde entfernt, da das Gebäude geschlossen wurde. Diese Tafel wies lediglich auf das Schicksal von etlichen 15- bis 16-jährigen Jugendlichen hin, die kurz nach dem Krieg in die gefürchteten Speziallager verschleppt worden waren.

Die zweite Tafel gedenkt aller Opfer der kommunistischen Herrschaft bis 1989. Diese Tafel war zuvor ebenfalls an anderer Stelle zu sehen gewesen, wo sie jedoch nicht zur Geltung kam.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass Tafeln mit einer so deutlichen Aussage zur jüngeren deutschen Geschichte und so klarem Gedenken leider nicht die Regel sind. Oft genug werden sie von den Vertretern der Kommunen, Kreise und Länder abgelehnt, weil kein ausrei-

chendes Wissen über die Zeit nach 1945 vorhanden ist oder weil die vielfach vertretenen Linken, die Opfer immer noch als Nazis hinzustellen versuchen.

Die VOS dankt Kamerad Wolfgang Seidel für seinen Einsatz und seine Beharrlichkeit. Er hat – unter Inkaufnahme traumatischer Erinnerungen – einen großartigen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen Gewaltherrschaft und zum Gedenken an die Opfer geleistet. *Tom Haltern*



„Die Schuld der Vielen – Mitläufer gestern und heute“

Forum in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen diskutiert, zieht Vergleiche der Diktaturen

Am 4. November 2013 kamen im Rahmen der gemeinsamen Tagung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und der Konrad-Adenauer-Stiftung Experten aus der ganzen Bundesrepublik zusammen, um über die Mechanismen menschlicher Anpassung und ihre Funktionalisierung durch totalitäre Systeme zu diskutieren. Das Thema lautete „Die Schuld der Vielen – Mitläufer gestern und heute“ und befasste sich mit der bislang deutlich vernachlässigten Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland.

fens in totalitären Systemen besonders schwerwiegend seien.

Mit dem Wechselspiel von Anpassen und Widersetzen beschäftigte sich ROLAND JAHN. Auch er sei zeitweise „mitgelaufen“, auch er sei „ein Rädchen“ gewesen, „das sich drehte im Mechanismus der Diktatur“. Um studieren zu können, habe er den Wehrdienst abgeleistet, aus Angst um seine Zukunft und Rücksicht auf die Familie zuweilen geschwiegen, sich angepasst und damit zeitweise die Diktatur gestützt. Der endgültige Bruch habe bei ihm mit dem Tod seines Freundes Matt-

Kongress

gibt, sondern sich hinter dem Begriff eine sehr heterogene Gruppe von Menschen mit teils ganz unterschiedlichen Handlungsmotiven verbirgt. Einer vorangegangenen Kategorisierung in Täter, Oppositionelle und Mitläufer fügte der Schriftsteller MARKO MARTIN die Kategorie derer hinzu, die das

Bedürfnis haben, sowohl vom Staat als auch von der Opposition in Ruhe gelassen zu werden, und somit als eine Art unbeteiligte Zuschauer agieren. Die Politikwissenschaftlerin BARBARA ZEHNPFENNIG (Passau) wies in ihren Ausführungen besonders auf die Totalität der beiden Systeme Nationalsozialismus und Sozialismus hin, die – anders als in anderen Diktaturen – den

Menschen nicht nur von außen, sondern auch von innen heraus für sich gewinnen wollen. Durch diese doppelte Einflussnahme sei es schwieriger, sich zu widersetzen als in anderen Diktaturen. Das Gefühl,



Wie definiert sich solch ein Mitläufer und welche Motive treiben ihn an?

In seiner Begrüßung wies HUBERTUS KNABE darauf hin, dass die „Schuld der Vielen“ in Bezug auf die Auseinandersetzung mit der DDR bisher kaum thematisiert wurde. Statt kritischer (Selbst-) Reflexion über die Mitverantwortung des Einzelnen überwiegen nach Knabes Ansicht Entlastung und Verständnis für den Zwang, sich mit einer Diktatur zu arrangieren. Er kritisierte, dass bestimmte Verhaltensmuster in der DDR heute als nur allzu menschlich und deshalb akzeptabel banalisiert würden. Dabei sei der

Das Gefühl der eigenen Feigheit ist für viele Betroffene auf Dauer unerträglich.

Einzelne gerade in totalitären Diktaturen wie dem Nationalsozialismus und der DDR durch sein „Mitlaufen“ viel stärker in begangenes Unrecht involviert als dies in anderen Systemen der Fall sei. ANDREAS KLEINE-KRANEBURG betonte, dass die Konsequenzen des Mitlau-

ferias Domaschk in der Stasi-Untersuchungshaft 1981 eingesetzt. Jahns anschließend offensives Aufbegehren gegen das System habe nicht nur ihn in Haft gebracht, sondern auch den Vater das Lebenswerk, die Ehrenmitgliedschaft im Fußballclub, gekostet. Auch angesichts der Biografien anderer resümierte Jahn für sich, dass jeder die individuelle Verantwortung dafür trage, wie und an welcher Stelle er sich mit einem Unrechtssystem einlasse.

Die Auseinandersetzung und das Bekenntnis zur Biografie statt der vielfachen Beschönigung und der Rechtfertigung eigener Handlungsmuster seien notwendig, um zu begreifen, wie Diktatur funktioniert und warum sie so lange existieren konnte.

Dass es in jeder Diktatur neben den Herrschenden oftmals eine Opposition, auf jeden Fall aber eine breite Masse an Mitläufern gibt, wurde von den Teilnehmern des ersten Panels im Anschluss zum Ausgangspunkt für ihre Diskussion genommen. Schnell wurde jedoch klar, dass es nicht *den* Mitläufer

Ein Kennzeichen jeder Diktatur ist es, dass sie „Hofdichter“ hat, die sie „besingen“.

Teil einer Gemeinschaft zu sein, bewirke dann vor allem Stolz, berge aber gleichsam die ständige Angst davor, plötzlich nicht mehr dazugehören und sogar bestraft zu werden. Der Historiker HENDRIK THOSS (Chemnitz) merkte als Versäumnis in der Geschichte an, dass sich viele NS-Mitläufer in der jungen Bundesrepublik nicht mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen mussten und sich stattdessen neu etablieren konnten. Der Frage, ob man denn das Bekenntnis zur eigenen Vergangenheit unbedingt verlangen könne, begegnete Trobisch-Lütge mit dem Hinweis auf die hohen Risiken, denen man sich damit aussetzt. → Seite 17 oben

Er habe deswegen Verständnis für Zurückhaltung, jedoch sei das Gefühl der eigenen Feigheit für viele Betroffene auf Dauer unerträglich. Das von Martin ins Gespräch gebrachte „Umlegen des Relais“, dem schnellen Übergang in ein neues System nicht nur nach 1945, sondern auch nach dem Ende der DDR, begründete Trobisch-Lütge mit der Fähigkeit vieler Menschen, sich relativ problemlos an neue Machtstrukturen anzupassen und sich eigene Handlungsweisen schön zu reden.

Das zweite Panel beschäftigte sich dann mit der Frage, wie Diktaturen mithilfe von institutionellen Apparaten ihre Politik durchsetzen können und ihre Verbrechen exekutieren lassen. Die Verwaltungshistorikerin SABINE MECKING (Gelsenkirchen) resümierte in ihrem Eingangsvortrag, dass sich beispielsweise die Finanzverwaltung dem nationalsozialistischen System sehr schnell angeboten habe.

Beeindruckend war demgegenüber dann das Bekenntnis RUDI BECKERTS (Berlin), zwischen 1956 und 1990 Richter beim Obersten Gericht der DDR, der sich heute selbst rückblickend als Opportunist bezeichnet, der in der DDR Karriere machen wollte und in seiner Tätigkeit davon überzeugt gewesen sei, Recht und Staat zu dienen. Reflektiert stellte Beckert seine Bemühungen dar, die eigene Vergangenheit nach dem Ende der DDR aufzuarbeiten. Er resümiert für sich im Nachhinein, dass die DDR zumindest in Bezug auf politisch motivierte Urteile eindeutig ein Unrechtsstaat gewesen sei, was jedoch nicht bedeute, dass alles Recht, was

in der DDR gesprochen wurde, automatisch als Unrecht zu gelten habe, sondern einer differenzierteren Betrachtung bedürfe. Der Politologe JOCHEN STAADT (Berlin) stellte dann noch einmal deutlich heraus, dass es keinen Prototypen des Mitläufers gebe. Seiner Meinung nach haben sowohl Nationalsozialismus als auch DDR nur existieren können, weil sich aus verschiedenen Gründen genügend Menschen fanden, die mitgemacht haben. Dabei, so hob er hervor, sei die Zustimmung der Bevölkerung zur DDR jedoch deutlich geringer gewesen als zum Nationalsozialismus. Die DDR konnte seiner Meinung nach zudem nur existieren, weil sie unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht gestanden habe.

Das letzte Panel befasste sich abschließend mit der Rolle der Intellektuellen in Diktaturen und legte den Fokus besonders auf die Motive, die Schriftsteller und Schauspieler dazu antreiben, sich anzupassen. Der Journalist KARL CORINO skizzierte eingangs die Rolle des Staatskünstlers in der DDR am Beispiel Hermann Kant, anhand dessen Biografie er exemplarisch verdeutlicht, welche Karriere die SED demjenigen ermöglichte, der mit ihr kollaborierte. Er wies darauf hin, dass sich die Mechanismen in Diktaturen stark gleichen und so „die Braven“ stets belohnt würden.

Im Anschluss verdeutlichte der rumäniendeutsche Schriftsteller und stellvertretende Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, HELMUTH FRAUENDORFER (Foto S. 12, links), am Beispiel Johannes R. Becher, wie sich ein seiner Meinung nach anfangs exzellenter Expressionist durch die Anpassung an die Macht zu einem schlechten Schriftsteller, dessen Sätze austauschbar geworden seien, wandeln konnte. Es sei ein Kennzeichen jeder Diktatur, dass sie „Hofdichter“ habe, die sie „besingen“. Dem ästhetischen Werteverlust gehe dabei immer ein humaner Werteverlust voran. Frauendorfer warnte davor, zu viel in die Intellektuellen hineinzuprojizieren, denn viele Schriftsteller seien im Nachhinein nicht aufgrund ihrer künstlerischen Leistung so hochgelobt worden, sondern nur, weil sie Dissidenten gewesen sind. Der Künst-

lerische Direktor der Deutschen Kinemathek Berlin, RAINER ROTHER, wies dann auf die unterschiedlichen Systemumstände im Nationalsozialismus und der DDR hin und lobte die hohe Qualität von DDR-Schauspielern, die nach ihrem Weggang aus der DDR eine deutliche Bereicherung für den westdeutschen Film gewesen seien.

IRINA SCHERBAKOWA aus



Moskau (Foto S. 12) berichtete im Anschluss darüber, wie sich die Rolle von Kunst und Literatur in Russland nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems verändert habe. Während unter Stalin Philosophie und Moral verschwunden und die Kunst das Letzte gewesen sei, was den Menschen blieb, sei die sowjetische Intelligenz von damals nun der Verlierer innerhalb der neuen Strukturen. Scherbakowa konstatierte den Verlust einer moralischen Autorität im heutigen Russland und stellte mit Besorgnis das Erstarken einer Gruppe von Künstlern fest, die die heutigen Machthaber stütze. Nichtkonformes Verhalten und Aufbegehren gegen die Macht werde, wie das Beispiel der Punkgruppe Pussy Riot erst jüngst wieder verdeutlicht habe, nach wie vor mit erschreckenden Urteilen geahndet. Trotzdem sei sie der Ansicht, dass man seine Meinung offen sagen müsse, um heute noch anständig in Russland zu leben. Pia Heine

Fotos ©: A. Kockisch, Gedenkstätte

Das Zitat:

Die DDR war ein Geschenk für eine Generation von Besiegten, Kommunisten, Emigranten, Zuchthäuslern, KZlern, die hier einen schönen Lebensabend verbringen durften.

*Heiner Müller (1929 bis 1995)
Einer der bedeutendsten
Dramatiker der DDR,
bekennender Kommunist und
zugleich im Westen lebender
Dissident
(Interview mit Alexander Kluge)*

Ausstellung „Diktaturaufarbeitung in Deutschland“

ab 24.02.2014 in der GIZ-
Repräsentanz Berlin,
Reichpietschufer 20

Eine moralische Schande für das deutsche Volk, für Deutschland

Ein Brief u.a. an Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Folgen politischer Haft in der DDR

Die psychischen Nachwirkungen und schweren Belastungen aus der politischen Haft der DDR sind vor dem Gesetz der Bundesrepublik nach wie vor eine Erscheinung, die es offenbar nur gibt, wenn das betroffene Opfer äußerlich eindeutige Folgen aufweist. Alles andere hat heutzutage weder vor den Gutachtern noch bei den Gerichten Bestand. Mit der Opferrente – Besondere Zuwendung – wurde zwar ein erster Schritt zur Verwirklichung des Paragraphen 17 des Einigungsvertrages von 1990 getan, aber nicht mal hier werden alle ehemaligen Häftlinge berücksichtigt. Völlig unbefriedigend ist die Situation bei der Aufarbeitung gesundheitlicher Schäden, die durch die Haft bedingt sind. Das dückelhafte Auftreten vieler von Amts wegen bestellter, aber hervorragend bezahlter Gutachter ist ebenso wenig geeignet, den erlittenen Gesundheitsschäden gerecht zu werden, wie das überhebliche Auftreten der Richter.

In einem ausführlichen Schreiben an die Bundeskanzlerin Angela Merkel, das wir nachstehend veröffentlichen, stellt die renommierte Fachärztin für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie Dr. med. Kerstin Schön nun noch einmal konkret und glaubhaft dar, dass die Haftbedingungen in der DDR laut UN-Antifolterkonvention als Folter zu werten sind und die betroffenen Opfer nachträglich in vollem Umfang zu entschädigen wären.

Liebe Angela Merkel, seit meinem 17. Lebensjahr war ich in der DDR in oppositionellen Gruppierungen aktiv und wurde infolge dessen vom MfS nahezu lückenlos bis zur Wende 1989 überwacht. Doch ich hatte das Glück, dass die mir geltende geplante Verhaftung im Oktober 1989 innerhalb des MfS abgewendet wurde. Gemeinsam mit vier anderen Frauen organisierte ich am 04.12.1989 die erste Besetzung einer Bezirksverwaltung des MfS in Erfurt, um der Vernichtung der Stasiakten wie auch dem Wirken der Staatssicherheit Einhalt zu gebieten.

Seit 1990 unterstützte ich in meiner Praxis als Fachärztin für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie über viele Jahre Frauen, die in der DDR sexualisierte Gewalt und Folter überlebt hatten und nach der Wende erstmals darüber zu sprechen wagten. Die Bestätigung der Erwerbsunfähigkeit für diese Frauen war mehrheitlich die Voraussetzung für die notwendige traumaspezifische Therapie.

Die politische Haft in der DDR ist zweifelsfrei Folter gewesen und als solche auch zu werten.

Damals begegnete ich in meiner Praxis nie Menschen, die wegen der Folgen politischer Haft nach psychiatrisch-psychotherapeutischer Hilfe suchten. Erst vor kurzem wurde ich von ehemals politisch Inhaftierten um Hilfe gebeten im Rahmen ihres jahrzehntelangen Bestrebens nach gesellschaftlicher Wiedergutmachung der von ihnen erlittenen Haftfolgeschäden in der SED-Gewaltherrschaft.

Davon ausgehend suchte ich den Kontakt auch zu anderen ehemals politisch Inhaftierten und sprach mit vielen von ihnen persönlich. Erst dadurch wurde mir klar, dass das MfS versuchte auf Anweisung der SED politisch Inhaftierten vorsätzlich und gezielt das Rückgrat zu brechen: durch Inhaftierung, Haft und die damit verbundene Isolation, Entmündigung, Entwürdigung sowie durch Arbeitszwang und körperliche Ausbeutung - bis hin zur erzwungenen Blut-'Spende'.

Laut der UN-Antifolterkonvention ist jede Handlung als Folter zu werten, bei der Träger staatlicher Gewalt einer Person vorsätzlich starke körperliche oder geistig-seelische Schmerzen oder Leiden zufügen, zufügen lassen oder dulden, um Aussagen zu erpressen, einzuschüchtern oder zu bestrafen. Die politische Haft in der DDR ist zweifelsfrei Folter gewesen und als solche auch zu werten.

Daraus ergab sich für mich die Notwendigkeit aus psychiatrisch-psychotherapeutischer Sicht Stellung zu beziehen.

Es ist davon auszugehen, dass vermutlich alle politisch Inhaftierten – ungeachtet der Länge ihrer Haftzeit – infolge der zersetzungs- und haftbedingten Traumata nach der damaligen Nomenklatur schwerste hafttraumatisch ausgelöste sekundäre Persönlichkeitsstörungen ängstlich-depressiver Prägung mit ausgeprägten Abspaltungs- und Verdrängungsmechanismen (als Über-Lebens-Mittel) erlitten haben und deshalb rückblickend meist schon während der Haft als erwerbsunfähig einzuschätzen gewesen sind - mit 100 % Minderung ihrer Erwerbsfähigkeit.

Der Schlüssel zur weiteren Traumatisierung aller politisch Gefangenen war die erzwungene Schweigeverpflichtung bezüglich der Haft, die sie zwang, über diese ihnen staatlich zugefügte Folter zu schweigen oder erneut inhaftiert zu werden.

Dies führte absichtsvoll zur Vorenthaltung angemessener Heilbehandlung, um jeglichen Widerstand ehemals politischer Gefangener dauerhaft zu brechen.

Die meisten politischen Gefangenen waren nach der Haft durch das MfS in der DDR der 'Zersetzung' unterworfen.

Die meisten politischen Gefangenen waren nach der Haft durch das MfS in der DDR der 'Zersetzung' unterworfen: durch Verleumdung, Wohnungsüberwachung, soziale Isolation und gezielte berufliche Benachteiligung sowie Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit durch Bewährungsauflagen und PM 12 (Klappkarte ohne Innenseiten – d. Red.) Auf Grundlage der operativen Psychologie war Zersetzung das Werkzeug des MfS, um politische Gegner in ihrem persönlichen Lebensumfeld psycho-sozial zu zerstören. Doch auch nach 1990 - im geteilten Deutschland - wurden die haft- und zersetzungsbedingten gesundheitlichen Folgen ehemals politisch Inhaftierter in der DDR ärztlicherseits entweder gar nicht oder nicht in dem gegebenen Ausmaß wahrgenommen und angemessen bewertet. → Seite 19 oben

So gab es für ehemals politisch Inhaftierte der SED-Diktatur weder eine realistische Einschätzung ihrer anzunehmenden völligen Erwerbsminderung infolge der erlittenen haftbedingten Traumata noch eine der Schwere und der Komplexität ihrer Leiden entsprechende angemessene Therapie. Rückblickend ist die Situation ehemals politisch Gefangener der DDR aus psychiatrischer Sicht wie folgt diagnostisch einzuschätzen:

1. Die Inhaftierung verursachte eine akute psychophysische Schock-Reaktion mit schwersten Angst- und Panikattacken.

2. Die Haft bewirkte eine schwerste hafttraumatisch ausgelöste sekundäre Persönlichkeitsstörung ängstlich-depressiver Prägung mit undulierend akuter bzw. subakuter, später latenter Suizidalität und heftiger Somatisierung der erlittenen psychischen Traumata, die weitestgehend abgespalten und verdrängt werden mussten.

3. Die angeordnete Zersetzung nach der Haft führte zu Retraumatisierungen dieser vorliegenden schwersten chronifizierten hafttraumatisch bedingten sekundären Persönlichkeitsstörung ängstlich-depressiver Prägung mit latenter Suizidalität und chronifizierter Somatisierung der abgespaltenen und verdrängten haftbedingten Traumata.

4. Die unzureichende Wiedergutmachung der Haftfolgeschäden im geeinten Deutschland ab 1990 führte dann zu weiteren Retraumatisierungen der schwersten chronifizierten hafttraumatisch bedingten sekundären Persönlichkeitsstörung ängstlich-depressiver Prägung mit intermittierend latenter Suizidalität und chronifizierter Somatisierung der abgespaltenen und verdrängten Traumata.

Nach der neuen Nomenklatur lässt sich der psycho-physische Zustand politisch Gefangener in der DDR diagnostisch eindeutig einordnen als: Andauernde Persönlichkeitsänderung nach Extrembelastung durch Folter* (F62.0). Diese Störung ist gekennzeichnet durch eine miss-trauische Haltung der Welt gegenüber, durch sozialen Rückzug, Gefühle der Leere oder Hoffnungslosigkeit, ein chronisches Gefühl der Anspannung wie bei ständigem

Bedrohtheit und Entfremdungsgefühl. Hinzu kommt eine schwere chronifizierte Somatisierung der abgespaltenen und verdrängten Traumata. In den MfS-Untersuchungshaftanstalten war physische und psychische Misshandlung die Regel – politisch Inhaftierte wurden nicht wie Menschen sondern wie Feinde behandelt. Zu den üblichen Foltermethoden gehörten: Einzelhaft, Verhöre, Bedrohung, Entwürdigung, Bewegungsentzug, Schlafentzug, Isolierung, Informationssperre, Mangelernährung, Vorenthaltung medizinischer Betreuung und vieles andere mehr.

Politische Gefangene wurden in der DDR im Strafvollzug kriminalisiert und vorsätzlich schlechter behandelt als kriminelle Gefangene.

Folgen der politischen Haft sind neben den beschriebenen Erkrankungen gravierende berufliche Nachteile aufgrund der durch die Haft und die Zersetzung versäumten, vorenthaltenen oder mangelhaften Ausbildung sowie der haftbedingt erheblich eingeschränkten psychophysischen Belastbarkeit.

Auch das Gesundheitssystem der DDR wurde vom MfS gezielt missbraucht. Mindestens 3 % der Ärzte und Psychologen (laut bisherigen Forschungen) waren als IM tätig und etliche von ihnen direkt für das MfS. Diese Ärzte und Ärztinnen blieben auch nach 1990 übergangslos in Professuren, Dozenturen, Verwaltungen, Forschung und Niederlassung tätig sowie in Begutachtung und Therapie – bis heute.

Auch das wartet auf gesellschaftliche Aufarbeitung.

Ungefähr 280.000 Menschen litten unter politischer Haft, Zersetzung, Ausweisung, Zwangsumsiedelung durch SED-Willkür, und ungefähr 750.000 Angehörige dieser Opfer waren mitbetroffen.

Auf der Grundlage von Menschlichkeit und Gerechtigkeit braucht es:

1. Die grundsätzliche Anerkennung des Vorliegens der Erwerbsunfähigkeit infolge der Folter durch Haft für alle in der DDR politisch Inhaftierten sowie die folgerichtige Gewährung einer Erwerbsunfähigkeits-Rente wegen 100 % Minderung der Erwerbsfähigkeit – solange es medizinisch notwendig ist.

2. Die grundsätzliche Anerkennung aller verfolgungsbedingten Gesund-

heitsschäden auf der Annahme der Wahrscheinlichkeit des ursächlichen Zusammenhangs zwischen dem gesundheitlichen Schaden und der Verfolgung (wie für die Opfer des Nationalsozialismus) und auf der Grundlage der Beweislastumkehr.

3. Die Bereitstellung geeigneter und fundierter Traumatherapien im Lebensumfeld der SED-Opfer.

4. Die grundsätzliche Anerkennung, Entschädigung und Rehabilitierung aller verfolgungsbedingten beruflichen Benachteiligungen auf der Grundlage der Annahme der Wahrscheinlichkeit.

5. Die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung aller Opfer der SED-Gewaltherrschaft, einschließlich bisher nicht oder unzureichend berücksichtigter Opfergruppen: Zersetzungsopfer, zwangsdeportierte Frauen, Zwangsausgesiedelte, Zwangsadoptierte ...

6. Die Einführung einer regulären einkommensunabhängigen „Ehrenpension“ in Höhe von mindestens 1000 Euro monatlich für alle in der DDR politisch Inhaftierten unabhängig der Haftdauer anstatt der bisherigen „Opferrente“. (Denn besonders die ersten Tage, Wochen und Monate in Untersuchungshaft waren darauf angelegt gezielt den Willen der Inhaftierten zu brechen.)

7. Die nachträgliche Entschädigung der erlittenen Folter durch politische Haft mit mindestens 1000 Euro für jeden Haftmonat.

8. Die Einführung einer regulären einkommensunabhängigen „Ehrenpension“ in Höhe von mindestens 500 Euro für alle Zersetzungsopfer der SED-Gewaltherrschaft.

9. Die Einsicht: die Wiedergutmachung an den SED-Opfern hat Vorrang vor der Finanzierung von Gedenkstätten.

Viele der ehemals politisch Gefangenen der DDR waren auch nach 1990 sich wiederholenden gutachterlichen und/oder verwaltungsrechtlichen und gerichtlichen Retraumatisierungen ausgesetzt. Ihr Alltag ist geprägt vom existentiellen Überleben der durch die Haft verursachten psychophysischen Gesundheitsschäden, für die es noch heute an einer angemessenen Entschädigung und Wiedergutmachung fehlt.

→ Seite 20 oben

Die SED-Opfer kämpften für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde, sie waren Wegbereitende der friedlichen Revolution in der DDR, die der SED-Gewaltherrschaft 1989 ein Ende bereitete. Sie alle haben ein Anrecht auf umfassende Wiedergutmachung. Im Artikel 17 des Einigungsvertrages von 1990 zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde den Opfern politischer Strafverfolgung unter der SED-Gewaltherrschaft mit der Rehabilitation eine angemessene Entschädigung zugesagt, die 25 Jahre nach der friedlichen Revolution noch immer aussteht. Diese zugesagte angemessene Entschädigung für die SED-Opfer ist längst überfällig und nicht noch länger aufschiebbar.

Viele von ihnen leben infolge der ihnen zugefügten Traumatisierungen an der Armutsgrenze, während ehemaligen SED-Funktionären durchaus üppige Renten entsprechend ihrem DDR-Verdienst gewährt werden.

Taten reden lauter als Worte.

Dieser offensichtliche Mangel an Menschlichkeit und Gerechtigkeit ist eine menschliche, eine gesellschaftliche, eine politische und eine moralische Schande für das deutsche Volk, für Deutschland.

Die angemessene Entschädigung und Wiedergutmachung sollte im Verursacherprinzip gründen und durch das ehemalige Vermögen der SED sowie der Blockparteien und Massenorganisationen der DDR finanziert werden. Die größte Herausforderung in der Aufarbeitung des DDR-Unrechts sind die individuelle und die kollektive Abspaltung und Verdrängung der eigenen Verantwortlichkeit in der SED-Gewaltherrschaft. Um dies gemeinsam aufzulösen und die daraus zu gewinnenden Einsichten ins gesellschaftliche Bewusstsein zu heben bedarf es offener und wahrhaftiger Aussprachen über die verschiedenen individuellen Lebenswirklichkeiten in der DDR auch als Grundlage einer umfassenden Forschung zur Psychopathologie der SED-Diktatur und ihrer Folgen für das Leben der Einzelnen und für die Gesellschaft.

Mit herzlichem Gruß

Dr. med. Kerstin Schön

Fachärztin für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie

Wissenswert!

Klage abgeschmettert und alles vorbei

Aus dem Gerichtssaal und zum vorstehend abgedruckten Brief an die Kanzlerin

Anlass für den aus hohem sozialen Engagement geschriebenen Brief an Kanzlerin Angela Merkel war der Ausgang eines Prozesses vom 28. Januar am Sozialgericht Gotha, in dem eine 64-jährige Frau starke gesundheitliche Schäden aufgrund erlittener Haft und Verfolgung geltend gemacht hatte.

Die Klägerin hatte im August 1976 versucht, sich gemeinsam mit ihrem Mann per Fluchthilfemittel in den Westen schleusen zu lassen und war am Grenzübergang Drewitz aus dem Fahrzeug geholt und später verurteilt worden. Nach der Entlassung aus der Haft war sie abgemagert und seelisch verstört, zumal weder sie noch ihr Mann per Freikauf in den Westen gelangen konnten.

Die Klage auf Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden war (erwartungsgemäß) abgewiesen worden, was auch unter den neutralen Anwesenden viel Befremdung und Enttäuschung hervorrief.

Fast noch befremdender indessen war das Verhalten der zuständigen Richterin, die ihre Arbeit sachlich kühl erledigte und nicht ein persönliches Wort für die Klägerin und deren Situation gefunden hat. Dieses Verhalten wurde auch in einem Kommentar von Gerlinde Sommer in der Thüringischen Landeszeitung vom 29. Januar mit klaren Worten kritisiert. Dort wurde die Frage gestellt, ob eine Richterin so „eiseskalt“ agieren müsse.

Der Brief von Dr. Kerstin Schön ist noch einmal ein Versuch, an die Situation der politischen Häftlinge der SBZ und DDR zu erinnern. Und zwar heute wie damals. Auch wenn man in den Fraktionen der großen Parteien meint, es sei genug getan, um das Unrecht auszugleichen. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Das Haftrauma und die psychischen Störungen sind da, sie nehmen nicht ab, sondern vielmehr zu. H. Diederich

Opferrente für IM der „Volkspolizei“?

Landgericht Potsdam soll nun Entscheidung treffen

In ihrem autobiografischen Buch „Ich wollte frei sein. Die Mauer, die Stasi, die Revolution“ (2011) berichtet die einstige Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld, vom 18. März bis 3. Oktober 1990 Abgeordnete der demokratisch gewählten „Volkskammer“, von einem Besuch im DDR-Zuchthaus Brandenburg-Görden. Dort hätte sie einen noch jungen, oppositionell eingestellten Häftling getroffen, dessen Eltern, hohe SED-Funktionäre, die den Verlust ihrer Privilegien befürchteten, in Kooperation mit der kriminellen Organisation „Staatssicherheit“ dafür gesorgt hätten, dass der Sohn lebenslanglich hinter Zuchthausmauern verschwindet.

Die „Staatssicherheit“ war genauso kriminell wie die „Volkspolizei“.

Der Häftling wurde nachts aus der Zelle geholt und gezwungen, ein vorgefertigtes „Geständnis“ zu unterschreiben, dass er hätte ausbrechen und einen Grenzdurchbruch unternehmen wollen. Als der junge Mann sich weigerte, wurde er mit Benzin übergossen, und der MfS-Offizier drohte, ihn anzuzünden. Daraufhin unterschrieb er und wurde zu zweimal lebenslanger Haft verurteilt.

Die „Staatssicherheit“ war genauso kriminell wie die „Volkspolizei“. Vor dem Landgericht Potsdam ist der Fall eines 1953 geborenen Mannes anhängig, der nach Heimerziehung und Jugendwerkhof dreimal wegen „Republikflucht“ verurteilt wurde und insgesamt fünf Jahre im Zuchthaus saß.

Im Jahr 1976, noch in Haft, unterschrieb er eine Verpflichtungserklärung bei der „Kriminalpolizei“, die 1979 aufgehoben wurde wegen „Unehrlichkeit und Dekonspiration“. Als er unterschrieb, war er 22 Jahre alt und war massiv bedroht worden, zu weiteren zehn Jahren verurteilt zu werden. Vor Gericht geht es nun darum, ob er die 30 000 Euro Haftentschädigung und Opferrente, die er bisher bekommen hat, zurückzahlen soll.

Auf das Urteil darf man gespannt sein. Jörg Bernhard Bilke

Leningrad im Zweiten Weltkrieg und ein Besuch bei Wolf Biermann

Der Schriftsteller Daniil Granin sprach am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im Deutschen Bundestag

Wie jedes Jahr wurde auch an diesem 27. Januar im Deutschen Bundestag der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus durch eine besondere Veranstaltung wahrgenommen. Als Gast hatte man den 95-jährigen russischen Zeitzeugen und Schriftsteller Daniil Granin eingeladen, der mit einem patriotischen und wahrheitsbezogenen Vortrag die Zuhörer beeindruckte. Granin ist Zeitzeuge über mehrere Epochen. Er erlebte im Zweiten Weltkrieg die Einkesselung der Stadt Leningrad durch die Wehrmacht mit, wurde aber in der Endphase des Kommunismus zum Verfechter der Ideen von Michail Gorbatschow.

Das Land, in dem man geboren wird und aufwächst, kann man sich nicht aussuchen.

Der russische Ingenieur, Panzeroffizier und Schriftsteller Daniil Alexandrowitsch Granin ist am 1. Januar 1919 in der Nähe von Kursk an der russisch-ukrainischen Grenze geboren, aber in Sankt Petersburg, das zwischen 1924 und 1991 in Leningrad umbenannt war, aufgewachsen, wo er auch Elektrotechnik studierte.

Am 22. Juni 1941, als deutsche Truppen in die Sowjetunion eindringen, meldete er sich freiwillig zur Front. Seit 1949 ist er freier Schriftsteller, seine Erzählung „Die eigene Meinung“ wird zur Literatur des „Tauwetters“ gerechnet.

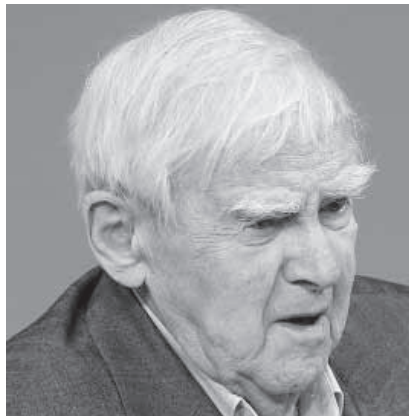
Das Zitat:

*Heute ist eine Zeit der Worte,
nicht der Taten.*

Daniil Alexandrowitsch Granin

Bekannt wurde er durch die zweibändige „Chronik der Belagerung Leningrads“ (1977/82), die auf Deutsch unter dem Titel „Das Blockadebuch“ (1985/87) erschienen ist und starken Kürzungen durch die sowjetrussische Zensur ausgesetzt gewesen war. Die vollständige Fassung erschien erst nach der Auflösung der Sowjetunion.

Heute ist Daniil Alexandrowitsch Granin (Foto) 95 Jahre alt, noch recht rüstig und durfte am 27. Januar, dem 1996 eingerichteten Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, im Deutschen Bundestag sprechen. Was er zu sagen hatte über Hunger, Not und Sterben über fast 900 Tage in der belagerten Stadt, die am 27. Januar 1944 befreit wurde, ließ ihn manchmal nur stockend erzählen. Vom Stalinismus, den er sicher in voller Überzeugung vertreten hat, verabschiedete er sich während der Herrschaft Leonid Breschnews (1906-1982) und unterstützte nach 1985 den Kurs Michail Gorbatschows.



Im Jahr 1976 war er Gast des für ausländische Literatur zuständigen Verlages „Volk und Welt“ in Ostberlin und nahm die Gelegenheit wahr, mitten in der Nacht, um der Beschattung zu entgehen, den „Liedermacher“ Wolf Biermann, den er verehrte, in der Chausseestraße aufzusuchen. Er brachte, obwohl er die deutsche Sprache versteht, die Russisch-Dolmetscherin des Verlages mit, die vor Angst fast verging, weil sie hier zu „konspirativen Aktivitäten“ genötigt wurde. Beim Abschied soll er Wolf Biermann gefragt haben, ob dieser vielleicht abgehört würde. Die Wohnung des Sängers und SED-Kritikers Wolf Biermann, der bekanntlich am 16. November 1976 ausgebürgert wurde und somit nicht mehr in die DDR zurück durfte, war selbstverständlich durch und durch „verwanzt“!

Jörg Bernhard Bilke

Foto: © Internet/TV/Presse

Ehre dem Erfinder der Mordwaffe?

Michail Kalaschnikow ist tot

Es gibt Menschen, von denen man sich wünscht, es hätte sie und das, was man als ihre Lebensleistung bezeichnet, nicht gegeben. Mit dieser Äußerung sind nicht nur die großen Schreckensdiktatoren des vorigen Jahrhunderts gemeint: Hitler, Stalin, Mao, Kim. Es gibt auch andere, die uns Erfindungen hinterlassen haben, unter denen die Menschheit eine schier unendliche Zeit zu leiden haben wird.

Einer von ihnen ist der russische Waffenkonstrukteur Michail Kalaschnikow, der Ende letzten Jahres im Alter von 94 Jahren starb. Sein Name dürfte zu den zehn meist bekannten Begriffen auf diesem Erdball zählen. Vielen ist er so geläufig wie OK oder Coca Cola. Und nicht nur der Name, sondern auch das Produkt, das den Namen trägt. Es ist die Schnellfeuerwaffe, die 1947 von eben jenem Mann konstruiert wurde und die prompt ihren Siegeszug rund um die Welt antrat.

Begonnen hatte es mit der Ausstattung der Roten Armee und später der sogenannten Bruderarmeen. Auch bei den DDR-Staatsorganen war die Wunderwaffe kommunistischer Prägung das mit Abstand meist genutzte Schussmittel. Mehr noch als mit Minen und Selbstschussanlagen wurden damit die „Grenzverletzer unschädlich“ gemacht. Für den Soldat war sie 18 Monate lang die „Braut“, und die größeren Ausführungen als Panzeraufsatz oder Maschinengewehr funktionierten nicht minder zuverlässig.

Seit dem Sturz des kommunistischen Regimes wird die Kalaschnikow in allen Krisenregionen des Erdballs eingesetzt. Meist als Nachbau, dennoch treffsicher.

Bedurfte die Welt dieses Tötungsinstruments?

Michail Kalaschnikow bejahte die Frage, er wurde für seine Erfindung mit einer Gedenktafel und einem Museum geehrt. An anderen Plätzen in der Welt, wo die Kalaschnikow zum Blutvergießen führte, trauert man hingegen um die Opfer. Was wäre geschehen, hätte es Kalaschnikow nicht gegeben? Hätte ein anderer dasselbe Mordinstrument erfunden? B. Thonn

Mit alter Hymne aus Trümmern wieder auferstanden

Mathias Platzeck lässt sich im Potsdamer Stadtschloss ehren und empfängt gemischte Gästeschar

Die Brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam ist ein Magnet. Zum einen siedeln sich dort immer mehr sogenannte „Promis und Reiche“ an, zum anderen haben auch die Medien immer ein besonderes Auge auf die Vorgänge in der Stadt, die – im Hinblick auf die rot-rote Landesregierung – für spezielle Schlagzeilen sorgt.

Jüngste Attraktion ist das neu entstandene Landtagsgebäude in der Innenstadt, das allseits auf ein gewaltiges Interesse stößt und Scharen von Besucherinnen und Besuchern anzieht.

Keine Frage, es handelt sich hier um ein Prachtstück, genauer: ein Prachtschloss, denn als solches ist das vormals über Jahrzehnte verschwundene Bauwerk von Form und Gestalt her – wenn auch nur als äußere historische Hülle und nach diversen Wortgefechten – wieder erstanden und diente nun im Januar gar einem Empfang zu Ehren des vormaligen Brandenburgischen Ministerpräsidenten Mathias Platzeck, der zuletzt so vermeintlich glorreich mit der Linken dieses Bundeslandes koalitiert hatte.

Das einstige Potsdamer Stadtschloss – nicht zu verwechseln mit dem am Rande Potsdams gelegenen Schlosspark Sanssouci – hat seine spezielle Geschichte. Es wurde fast auf den Tag zwei Monate nach dem verheerenden Großangriff auf Dresden am 14. April 1945 bei einem britischen Bombenangriff neben vielen anderen Gebäuden der Stadt in Schutt und Trümmer gebombt. Tausende zivile Menschen verloren bei diesem willkürlichen Racheakt am Ende eines längst verlorenen Krieges ihr Leben, die Stadt Potsdam selbst schien, was ihre Architektur und ihre preußische Tradition angeht, auf immer ausgelöscht.

Letzteres wurde nach der Machtübernahme durch die Kommunisten hinlänglich fundamementiert. Während sich um die Stadt herum ein eherner Ring von Sowjet-Kasernen schloss, wurde im Innern möglichst viel abgerissen und sozialistisch gebaut. Garnisonkirche und Stadtschloss

blieben zunächst Trümmerstätten, an denen man dann aber endlich das ideologische Nachkriegs-Mütchen mit besonderer Genugtuung kühlte. Abriss, Abraum, Planung – so lautete das gnadenlose Konzept, mit dem man das alte Potsdam auszulöschen und dem neuen zugleich ein Gesicht zu geben gedachte, das den anderen Bezirkshauptstädten nicht unähnlich sein durfte und deren Wohngebäude und Einkaufseinrichtungen aus glatten Betonplatten bestehen sollten.

So erging zum Ende der 1950er Jahre endgültig der Ubricht-Beschluss zum Beräumen der Schlossruine und der Sprengung der Garnisonkirche. Vom Stadtschloss behielt man lediglich ein Stück vom Schlossportal über, das man am Havelufer unterhalb der Langen Brücke aufstellte. Die Trümmer schaffte man fort. Ganze LKW-Ladungen an unförmigen Steinsegmenten und Mauerbrocken fanden ihren Platz im angrenzenden Ort Rehbrücke, wo sie zwischen Friedensstraße und Fußballplatz abgekippt wurden und nunmehr dort einem Trümmerfeld gleichen. Jungpioniere und Provinzsozialisten wurden herbeigeholt, mit Hämmern und Meißeln die Stein-



kloben in „freiwilliger Aufbauarbeit“ zu beklopfen und eine Wiederverwertbarkeit möglichst zu machen.

Letztlich jedoch ging alles seinen (sozialistischen) Gang. Die Trümmer blieben liegen. Weder die behauenen noch die nicht behauenen Steine wurden in der Planwirtschaft verwertet. Es endete in der üblichen wirtschaftlichen Tristesse. Während die Schutthalten unter den Jahren

verwitterten und in sich zusammensackten, holte sich dieser und jener Privatmann heimlich die brauchbaren Ziegel, um mit ihnen seinen Gartenweg zu pflastern oder seine Laube auszubessern, womit er seine eigene Parzelle ungewollt mit einigen historischen Bauelementen bereicherte.

Von all dem dürften nicht alle Damen und Herren, die den besagten Feierlichkeiten im neuen Landtagsgebäude beiwohnten, gewusst haben, was aber durchaus kein Makel ist. Heute geht es ums Regieren, und es geht natürlich auch ums Aufpassen. Und Letzteres betreibt man auf unterschiedliche Art. Wie in der keineswegs niveaulosen Tagespresse des Neuen Deutschland nachzulesen war, brachte dies das hier anwesende CDU-Mitglied Peter-Michael Diestel auf besonders überraschende Weise fertig, indem sich sein Handy vernehmbar meldete – und zwar mit der Nationalhymne der damaligen DDR („Auferstanden aus Ruinen“) als Klingelton.

Platzeck, als Geehrter, fiel auf weniger witzige Weise auf. Er hob das vormalige SED-Vollblut Heinz Vietze, mittlerweile Geschäftsführer der Brandenburgischen Linksfrakti-

on, lobend als wesentlichen Mitinitiator der Schloss-Wiedererstellung hervor.

Anwesend waren übrigens auch der einstige SED-Politiker Hans Modrow, der amtierende Außenminister Deutschlands, Frank-Walter Steinmeier sowie der neue Ministerpräsident Brandenburgs Dietmar Woidke.

Winfried Glaubitz

Foto: Stadtschloss Potsdam: Vorderseite, (© AR)

Tatkräftig in der Aufarbeitung, loyal im Verband

Wir nehmen Abschied von Rudolf Hinrichs



Zu den verstorbenen Kameraden, die wir besonders schmerzlich vermissen werden, gehört nun auch Rudolf Hinrichs aus Torgau, der Anfang Februar von uns ging.

Kamerad Hinrichs war eine Stütze der VOS. Mehrfach berichteten wir über sein Haftschicksal, aber auch über seine Aktivitäten für unseren Verband. Ohne ihn hätte das Mahnmal in Forst-Zinna/Torgau, für das er sich tatkräftig einsetzte, nicht entstehen können und für dessen weitere Pflege er die Pfadfinder gewinnen konnte.

Viel hat er für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und des Unrechts der Haft getan. Den Toten, die für viele vergessen schienen, schuf er einen Platz der Erinnerung. In seinem Privatarchiv in Torgau legte er eine umfassende Dokumentation über die Haftanstalt Waldheim an, in der sich Hinterbliebene und Studierende Informationen holten.

Was ihn zudem auszeichnete, war seine Loyalität gegenüber dem Bundesvorstand der VOS und die Bereitschaft, sich in den Dienst unserer Sache zu stellen. Wer ihn näher kannte, wusste um seine Leidenschaft für Pferde, von denen er alles wusste und mit denen er viel Zeit verbrachte.

Im März wäre Rudolf Hinrichs 85 Jahre geworden. Wir werden ihn vermissen, aber wir wissen auch, dass sich ein Leben irgendwann schließen muss. Und seines hat sich als eine Summe von vielen großen Aktivitäten geschlossen. Es wird lange für viele andere nachwirken. *A.R./H.D.*

Erfolgreiche Bilanz für das Jahr 2013

Coldwar museum Midwest

Wenig überraschend und doch erfreulich sind die Nachrichten, die uns Kamerad Werner Juretzko aus Midwest in den USA übermittelt. Dies betrifft die positive Bilanz, die er für das vergangene Jahr für das Coldwar museum ziehen kann. Sowohl was die globale wie auch die regionale Ausstrahlung betrifft wurden wieder viele Gruppen erreicht und konnten geschichtliche Informationen weitergegeben werden. Ebenso erfreulich ist der weitere Ausbau des Museum, für das übrigens freiwillige Helfer gesucht werden. Informationen wie gehabt unter www.coldwar.org. Der Internetexplorer bietet an, die Seite zu übersetzen.

Die VOS gratuliert Werner Juretzko und ist zur weiteren Kooperation bereit.

FG/BundVorst

Der letzte Todesschuss vor 25 Jahren

Chris Gueffroy starb beim Fluchtversuch

Sein Tod ist beispielhaft für die Grausamkeit des SED-Regimes: Chris Gueffroy starb wenige Monate vor dem Mauerfall.

Und immer wieder muss man fragen: Warum. Er wurde von hinten erschossen, obwohl er bereits aufgegeben hatte.

Mitgestaltung wäre möglich

Für eine Gedenkstätte in Chemnitz

Der CDU-Kreisverband Chemnitz will sich gemeinsam mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen für eine Gedenkstätte einbringen, die dem ehrenden Gedenken der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft gewidmet werden soll. Symbolik, Inschrift, Material, Aufbau aber auch die Lage in der Stadt sind wichtige Punkte, die es zu bedenken gilt, wenn an Widerstand, an die Opfer, an Repression und Leid erinnert wird. Was soll den Nachfolgenerationen weitergegeben werden? Viele Details sind zusammen zu tragen.

Wer die Konzeption dieser Gedenkstätte mit voranbringen möchte, wird gebeten, seine Gedanken, sein Anliegen direkt an die CDU-Chemnitz zu senden:

CDU Kreisgeschäftsstelle Chemnitz
Markt 4 - 09111 Chemnitz

Tel: 0371/666195

Fax: 0371/6664945 Email:

kreisverband@cdu-chemnitz.de

Einen Dank für die immer noch zahlreichen Feiertags- und Neujahrswünsche sagen Vorstand und Redakteur. Trotz der Turbulenzen wurden sie gern entgegengenommen.

Wir trauern um

Walther Jürss
Martin Gebelein
Charlotte Basler
Paul Basler
Günter Sachunsky
Werner Teuchert
Eduard Merks
Dr. Manfred Krause
Wolfgang Stiehl
Werner Dietz
Rudolf Hinrichs
Günther Dames
Eckhardt Henke
Günther Senf
Johannes Fiedler

Bezirksgruppe Kiel
Bezirksgruppe Dortmund
Bezirksgruppe Berlin
Bezirksgruppe Berlin
Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland
Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe
Bezirksgruppe Cottbus
Bezirksgruppe Kiel
Bezirksgruppe Magdeburg
Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtland
Bezirksgruppe Torgau
Bezirksgruppe Berlin
Bezirksgruppe Harz
Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe
Bezirksgruppe Freiberg

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Kennen Sie diese Personen?

Freigeverkaufte Häftlinge aus der DDR für Filmprojekt gesucht. Wer hatte Kontakt zu RA Dr. Vogel?

Unser Verein erhielt in diesen Tagen mehrere Anfragen von Interessierten, welche gerne für eigene Studien Kontakt aufnehmen möchten zu freigekauften Gefangenen des Kaßberg-Gefängnisses. Ich bitte daher alle Betroffenen, bei Interesse selbständig Kontakt aufzunehmen zu Nina Koshofer. Sie hat uns Ihr Projekt wie folgt beschrieben:

Als Autorin und Regisseurin arbeite ich im Moment an einer Dokumentation über Wolfgang Vogel für die MDR-Reihe „Geschichte Mitteldeutschlands“. Dabei interessieren wir uns vor allem für seine Rolle im Gefangenen austausch sowie im innerdeutschen politischen Dialog. Im Fokus stehen seine „frühen“ Jahre, bzw. die 1950er bis Mitte der 1970er Jahre. Dabei soll natürlich auch das Kaßberg-Gefängnis und vor allem seine Funktion als „Durchgangslager“ für Häftlinge, die in den Westen verschoben wurden, behandelt werden.

In dem Zusammenhang sind wir auf der Suche nach einem ehemaligen Insassen, der von Kaßberg aus mit dem Bus der Firma Reichert über Herleshausen in den Westen gebracht wurde und der uns davon berichten könnte. Gerne auch von seinem Zusammentreffen mit Herrn Wolfgang Vogel (bei der Busfahrt oder vielleicht sogar schon davor ...).



Im Idealfall wären das ein Mann oder eine Frau (aus dem mitteldeutschen Raum), der/die im September 1977 freigekauft wurde und möglicherweise von Karl-Heinz Brunk, einem Fotografen aus Gießen, bei der Fahrt mit dem Bus am Grenzübergang Herleshausen fotografiert wurde. Siehe angehängte Bilder unten.

*Nina Koshofer Freie Autorin & Regisseurin
Nina.Koshofer@t-online.de*

c/o Saxonia Entertainment GmbH ZNL Leipzig Altenburger Str. 9, 04275 Leipzig Tel.: (0341) 35 00 45 45 (App. Joschka Thiel) Fax: (0341) 35 00 45 49 Funk: (0171) 5465356

Ann.: Das Foto zeigt einen Bildausschnitt aus einer Aufnahme, die von einem der „Freikauf-Busse“ gemacht wurde. Die Busse brachten bis 1989 politische Häftlinge der DDR von Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) nach Gießen. Meistens war Wolfgang Vogel vor der Abfahrt zugegen und begleitete die Busse dann mit seinem PKW.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten:

Dienstag und Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01

BIC: PBNK DEFF

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 – 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen), Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

- | | |
|---|---------|
| – Mitglieder (einschließlich Freiheitsglocke) | 45,00 € |
| – Ehepartner | 15,00 € |
| – Aufnahmegebühr Mitglieder | 2,60 € |
| – Abonnement der Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

Ausgabe 737 erscheint (als Einzelausgabe) im März 2014

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe **735/6**: 05. Febr. 2014